



Deutscher Frauenring e.V.



Die Finanzkrise und kein €nde

Bundesfachseminar
des Deutschen Frauenring e.V.

15. bis 17. Oktober 2010
Bildungszentrum Erkner

69

Die Grüne Reihe

Die Finanzkrise und kein Ende

Bundesfachseminar des Deutschen Frauenring e.V.

Vom 15. – 17. Oktober 2010 in Erkner

Gefördert durch



Impressum

Herausgegeben von: Deutscher Frauenring e.V.

Redaktion: Bundesgeschäftsstelle

Titelblatt: Gudula Hertzler-Heiler

Copyright by: Deutscher Frauenring e.V. Bundesverband,

Brandenburgische Straße 22, 10707 Berlin

Inhaltsverzeichnis

Vorwort des Präsidiums.....	4
Ursachen der Finanz- und Wirtschaftskrise	5
Die Auswirkungen der Krise auf Frauen	12
Im Blickpunkt: die Care Ökonomie und ihre Krise	18
Investieren Frauen anders?.....	25
Die Finanzkrise aus Frauensicht- eine andere Ökonomie ist nötig!.....	32
Ist eine andere Wirtschaftspolitik möglich?.....	43
Anhang	
Positionspapier	
Tagungsprogramm	

Vorwort des Präsidiums

Es ist über zwei Jahre her, dass am 15.09.2008 die US-amerikanische Bank Lehmann Brothers zusammenbrach und damit den Crash für alle sichtbar machte. Seither sind uns Milliarden-Beträge so geläufig wie früher Millionen, immer wieder müssen weltweit die Regierungen Währungen mit hohen Beträgen stützen. Banken, die vor und in der Krise versagt haben, werden verstaatlicht. Staatshaushalte stehen kurz vor dem Kollaps. Kurz gesagt: Die Welt ist ein Tollhaus, und es steht keineswegs fest, dass wir mit einem blauen Auge davonkommen werden. Fest steht allerdings, dass wir alle zahlen müssen, denn für die Rettungsaktionen der Regierungen werden Steuergelder verwendet. Und zahlen müssen nicht nur wir, sondern aller Voraussicht nach auch noch unsere Kinder und Enkelkinder. Eine weitere fühlbare Auswirkung der Krise sind einschneidende Kürzungen in allen Bereichen bei leeren öffentlichen Kassen, die Bürgerinnen und Bürger empfindlich treffen.

Einen ersten Überblick über die Thematik vermittelte uns der Einführungsvortrag von Frau Prof. Dr. Mechthild Schrooten mit dem Thema „*Ursachen der Finanz- und Wirtschaftskrise*“.

In unserem Seminar wollten wir neben den Ursachen auch weitere Zusammenhänge der Krise beleuchten und versuchten eine Antwort auf die Frage zu finden, ob eine andere Wirtschaftspolitik nötig und möglich ist. Dies geschah immer mit besonderem Blick auf die Auswirkungen, die die Krise auf die Frauen hatte und haben wird. So wurde der Frage nach den „*Auswirkungen der Krise auf Frauen*“ von Frau Dr. Alexandra Scheele nachgegangen. Der Vortrag von Frau Dr. Elisabeth Stiefel befasste sich mit dem Thema „*Die Krise der Care Ökonomie*“ und Frau Ulrike Schalow referierte über die Frage „*Investieren Frauen anders?*“ und empfahl *Alternative Finanzanlagen*. Den Blick in die Zukunft wagten Frau Deborah Ruggieri mit dem Vortrag „*Die Finanzkrise aus Frauensicht - eine andere Ökonomie ist nötig!*“ und Frau Lisa Paus zu dem Thema „*Ist eine andere Wirtschaftspolitik möglich?*“.

Das von den Seminarteilnehmerinnen erarbeitete Positionspapier stellte den Abschluss der Veranstaltung dar und ist im Anhang beigefügt.

Wir freuen uns, unseren LeserInnen diese Dokumentation des sehr interessanten Bundesfachseminars zur Verfügung stellen zu können.

Karin Burgemeister

Mitglied des Präsidiums

Ursachen der Finanz- und Wirtschaftskrise

Im Herbst 2010 meldeten die Zeitungen, dass die führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute für das Jahr 2010 ein Rekordwachstum erwarten. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) steigt demnach um +3,5% und soll 2011 noch einmal um etwa 2,0 % zulegen. Damit hat sich Deutschland offenbar schnell von der Krise erholt; die gesamtwirtschaftliche Dynamik übertrifft die in der EU. Dabei galt Deutschland lange Zeit als Schlusslicht in Europa. Auch andere Indikatoren lassen auf den ersten Blick einen „Aufschwung“ erkennen. Die Arbeitslosigkeit sinkt deutlich. Inzwischen wird auf der internationalen Bühne bereits vom Deutschen Wunder gesprochen. Können wir also das Thema Wirtschafts- und Finanzkrise ad acta legen? Die eindeutige Antwort ist: NEIN. Diese Krise mit all ihren Fallstricken wird uns noch lange beschäftigen – auch wenn vorübergehend die Nachrichten positiv klingen. Denn zum einen wird das aktuelle Wirtschaftswachstum in dem Jahr nach dem stärksten gesamtwirtschaftlichen Einbruch in der Nachkriegsgeschichte Deutschlands realisiert. Damit geht es zu einem großen Teil auf einen so genannten Basiseffekt zurück. Zum anderen aber – und das ist wesentlich dramatischer – hat die schwerste Krise des kapitalistischen Systems seit acht Jahrzehnten zu keinem nachhaltigen Umdenken der so genannten EntscheidungsträgerInnen in Politik und Wirtschaft geführt. Dies gilt in Bezug auf die grundlegende wirtschaftspolitische Ausrichtung ebenso wie in Bezug auf das Umweltbewusstsein, die Verteilungsgerechtigkeit, die Bewertung von Bildung aber auch in Bezug auf das Geschlechterverhältnis.



Prof. Dr. Mechthild Schrooten studierte Mathematik, Geschichte und Germanistik an der Philipps-Universität in Marburg. Anschließend folgte ein Studium der Volkswirtschaftslehre an der FU Berlin. Nach diesem war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung "Osteuropa" des DIW Berlin, sowie später in der Abteilung "Weltwirtschaft" (International Economics). Von 2005 bis 2006 war sie Associate Professor an der Hitotsubashi University in Tokio. Seit 2007 ist Frau Schrooten Professorin für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Geldpolitik und Internationale Integration an der Hochschule Bremen sowie Forschungsprofessorin am DIW Berlin.

Ursachenanalyse – verdrängt

Diese Krise ist eine Wirtschaftskrise und eine Finanzmarktkrise zugleich. Fachlich fassen beide Begriffe unterschiedliche Zusammenhänge. Die Wirtschaftskrise ist eine Krise im realwirtschaftlichen Bereich. Ein typischer Indikator ist das rückläufige Bruttoinlandsprodukt. Nicht zwangsläufig geht eine Wirtschaftskrise mit einer Finanzkrise einher. Grundsätzlich kann eine Finanzkrise unterschiedliche Formen annehmen. Im Wesentlichen wird zwischen einer Liquiditäts- und einer Insolvenzkrisis unterschieden. Der Insolvenzkrisis geht in der Regel eine Liquiditätskrise voraus. Dazu kommt, dass unter den Begriff „Finanzkrise“ oftmals sowohl Banken Krisen als auch

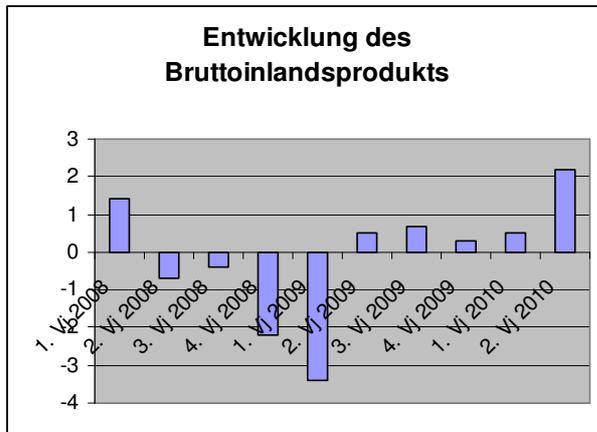
Finanzierungskrisen eines Staates gefasst werden. Darüber hinaus wurde der Begriff Finanzkrise in der Vergangenheit auch oft einer Währungskrise gleichgesetzt. Eine Währungskrise wird typischerweise einer deutlichen und kurzfristigen Abwertung der heimischen Währung gegenüber einer Leitwährung –meist gegenüber dem US-Dollar– gleichgesetzt. Kurzum, egal in welcher Erscheinungsform eine Finanzkrise auftritt, sie betrifft in erster Linie die Geldsphäre und die Bewertung von Vermögen in Geldeinheiten. Erst in einem zweiten Schritt wirkt eine solche Finanzkrise in die realwirtschaftlichen Entscheidungen hinein. Finanzkrisen ziehen in der Regel realwirtschaftliche Krisen nach sich.

Hypothese 1:

Als die internationale Finanzkrise ausbrach, befand sich die deutsche Volkswirtschaft bereits in einer Rezession. Die rückläufigen gesamtwirtschaftlichen Zuwachsraten des 2. und 3. Quartals 2008 gehen nicht auf die internationale Finanzkrise zurück. Sie sind die Folge hausgemachter Probleme.

Wird der Beginn der Finanzkrise auf den Tag der Lehman Pleite datiert, dann war Deutschland zu diesem Zeitpunkt (September 2008) bereits deutlich in den Anfängen einer Wirtschaftskrise. Das BIP war bereits im 2. Quartal 2008 rückläufig, dieser Trend setzte sich im 3. Quartal fort, an dessen Ende der offene Ausbruch der internationalen Finanzkrise stand. Dabei ist dieser Abschwung auf die zu Grunde liegende Wirtschaftspolitik zurückzuführen. Dazu gehört die jahrelange Kombination aus Lohnzurückhaltung im Inland und einem hohen außenwirtschaftlichen Überschuss. Durch die Lohnzurückhaltungen, die durch die so genannten Hartz-Reformen aber auch

durch den fehlenden politischen Mut für die Durchsetzung eines Mindestlohns bei hoher Arbeitslosigkeit begründet sind, wurde systematisch der private Verbrauch geschwächt. Gleichzeitig wurde die internationale Wettbewerbsfähigkeit genau durch diese Lohnzurückhaltung gestärkt. In Kombination mit Produktivitätssteigerungen sind deutsche Exportprodukte international mehr als konkurrenzfähig. In der Folge wurde über die letzten zehn Jahre ein deutlicher Leistungsbilanzüberschuss realisiert. Dabei wird und wurde systematisch gegen das deutsche „Stabilitäts- und Wachstumsgesetz“ von 1967 verstoßen. Nach diesem liegt nur solange ein außenwirtschaftliches Gleichgewicht vor, wie der Außenbeitrag am Bruttoinlandsprodukt von +/- 1,5% eingehalten wird. Dieser Verstoß wird bislang nicht geahndet. Gestützt wurde die Exportorientierung durch die seit den 90er Jahren auf allen Märkten vorangetriebene Liberalisierung und Deregulierung. In dem Marktmechanismus wurde von allen Seiten das wichtigste Instrument zur Sicherung und Schaffung von Wohlstand gesehen. Dieser Grundgedanke schlug sich in vielen Reformprojekten der jeweiligen Regierungen nieder –unabhängig von der konkreten politischen Couleur. Über Jahre haben Politiker in dem „schlanken“ Staat und dem deregulierten Markt, insbesondere auf den Finanzmärkten, die Zukunft eines leistungsfähigen Wirtschaftssystems gesehen. Die Mainstream-Ökonomik hat diese Entwicklung methodisch begleitet.



Quelle: Statistisches Bundesamt.

Zum Zeitpunkt der internationalen Finanzkrise war also die deutsche Volkswirtschaft bereits mit erheblichen strukturellen Problemen konfrontiert. Genau dies wird allerdings bis heute in der öffentlichen und politischen Diskussion weitgehend verdrängt. Vielmehr wird vielfach die Geschichte neu geschrieben und in der internationalen Finanzkrise die Ursache für die Wirtschaftskrise gesehen.

Krisenbewältigungsstrategien

Hypothese 2:

Bei der Krisenbewältigung geht es um die Wiederherstellung des Vorkrisensystems – auch mit seinen Schwächen. Es geht nicht darum, die gesamtwirtschaftliche Entwicklungsstrategie zu überdenken. Zwar gab es eine kurzfristige Abkehr vom neoliberalen Paradigma. Allerdings handelt es sich dabei in erster Linie um den pragmatischen Einsatz so genannter „bastard-keynesianischer“ Elemente.

Tatsächlich hat die Bundesregierung, nachdem die internationale Finanzkrise die Gesamtwirtschaft in einen weiteren Abwärtsstrudel gezogen hat, relativ schnell ihre ablehnende Haltung gegen jede Art von staatlichen Konjunktur-

programmen über Bord geworfen. Die Wirtschaft wurde mit zwei milliarden-schweren Konjunkturpaketen gestützt und die Banken unter einen milliarden-schweren so genannten Rettungsschirm gestellt. In der Stunde der Not hatten die Geschäftsbanken nach einem starken, die Erwartungen der Sparer und Anleger stabilisierenden Staat gerufen, der das Finanzsystem vor dem Zusammenbruch bewahren sollte. Tatsächlich wurde mit diesen Instrumenten der gesamtwirtschaftliche Einbruch gebremst. Bereits im 2. Quartal 2009 konnte wieder eine positive gesamtwirtschaftliche Zuwachsrate ausgewiesen werden. Auch fiel der Anstieg der Arbeitslosigkeit durch Kurzarbeitprogramme und den Abbau von Gutschriften auf Lebensarbeitskonten im internationalen Vergleich äußerst moderat aus. Der Erfolg der hier entwickelten und realisierten Konjunkturprogramme ist gerade im internationalen Vergleich beachtlich. Staatliche Intervention, Fiskalprogramme und Interventionen im Finanzsektor waren die Reaktionen fast aller Regierungen. Dabei wurde auch klar, dass in den Industrieländern die Finanzindustrie in den letzten Jahrzehnten immer stärker an Bedeutung gewonnen hatte. Angesichts der Krise und ihres bedrohlichen Ausmaßes wurde klar: Ohne staatliche Eingriffe in die Märkte, ohne ein „Deficit spending“, drohte dem finanzmarktgetriebenen Wirtschaftssystem möglicherweise eine „Kernschmelze“. Tatsächlich hat der Staat in der Krisensituation in vielen Ländern die Verantwortung übernommen und vielfach gezeigt, dass er als einziger die Macht hat, Marktversagen massiv entgegen zu treten.

In Deutschland ging von diesen staatlichen Maßnahmen ein positiver Impuls auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung aus. Heute wird vielfach vom „German Job Wunder“ gesprochen. In der

aktuellen Debatte um die Ausrichtung und Finanzierung der Wirtschaftspolitik zeigt sich jedoch bereits: Die Abkehr vom neoliberalen Credo hielt nur kurz an. Kaum steigt die gesamtwirtschaftliche Produktion wieder, wird wieder das alte Lied vom freien Markt, den selbst heilenden Kräften und der Selbstverantwortung gesummt. Zugleich wird an der alten Entwicklungsstrategie festgehalten. Der Leistungsbilanzüberschuss wird nicht dezidiert angegangen. Vielmehr werden gerade vom Export wichtige Impulse für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung der Zukunft erwartet. Dabei ist es der dauerhafte Leistungsbilanzüberschuss der die deutsche Volkswirtschaft auf dem internationalen Finanzmarkt zu einem der weltweit größten Nettogläubiger macht. Denn dem massiven Exportüberschuss entspricht die Anhäufung erheblicher Forderungsbestände gegenüber dem Ausland. Werden diese Forderungen etwa im Zuge einer internationalen Finanzkrise entwertet, dann hat dies weit reichende Folgen. Angesichts des hoch entwickelten internationalen Finanzmarktes liegen erhebliche Teile dieser Forderungen heute nicht mehr bei den ursprünglichen Handelspartnern, sondern bei Finanzintermediären. So erleichtert der dauerhafte Exportüberschuss das „Überschwappen“ internationaler Finanzkrisen nach Deutschland; insbesondere in das deutsche Bankensystem, das viele Jahre als stabil aber renditeschwach galt.

Hypothese 3:

Die Umverteilung von unten nach oben hält an. Dies gilt auch für die Umverteilung zwischen den Geschlechtern. Die Krisenkosten werden in den Staatshaushalt verlagert. Die aktuellen Programme der Bundesregierung sehen vor, dass erhebliche Teile der Krisenkosten von den sozial Schwächeren getragen werden.

Kurzzeitig konnte im Zuge der Krise der Eindruck entstehen, dass die Umverteilung zugunsten der Kapitaleinkommen zum Erliegen kommt. Tatsächlich setzten jedoch viele Maßnahmen zur Krisenbewältigung in erster Linie bei der Vermögenssicherung an. Schon vor der Krise war bekannt, dass in Deutschland die Einkommensspreizung zunimmt. Gleiches gilt für die Verteilung von Vermögen. Dies hat sich durch die Krise und die Maßnahmen zur ihrer Überwindung nicht geändert. Gestützt wurde die alte Struktur der Volkswirtschaft mit ihrer starken Exportorientierung. Erhebliche Teile der Konjunkturprogramme sind in die Sicherung gerade dieser Branchen gegangen.

Der Dienstleistungssektor wurde kaum gestützt. Dabei hatte sich gerade in den Jahren vor der Krise hier ein deutlicher Wandel der Beschäftigungsverhältnisse eingestellt. Vielfach werden hier Mini-, Midi- oder Teilzeitstellen angeboten. Diese Stellen sind oftmals darauf zugeschnitten, dass in Deutschland weiterhin das männlich dominierte „breadwinner“ Modell auf dem Arbeitsmarkt funktioniert und Frauen in erster Linie für einen Zuverdienst sorgen. Geraten nun die Branchen unter Druck, in denen vor allem Männer arbeiten – das ist in Deutschland beispielsweise nahezu der gesamte Exportsektor – so können Frauen nicht für den Familienunterhalt sorgen. Die Konjunktur- und Bankenrettungsprogramme haben erhebliche Gender-Aspekte. Mit der so genannten Abwrackprämie wurde vor allem eine Branche unterstützt, in der in erster Linie Männer arbeiten. Mit den Mitteln des Konjunkturprogramms für die Förderung von Bautätigkeiten sieht es ganz ähnlich aus. Eine flächendeckende Bereitstellung von Kitas, Bildung etc. wurde nicht als

Komponente der Konjunkturprogramme installiert.

Insgesamt gingen und gehen die ad hoc verfügbaren Programme mit einer erhöhten staatlichen Kreditaufnahme einher. Im Zuge der Krise sind die staatlichen Schulden weit über den Wert von 1.500 Mrd. Euro gestiegen. Kurzum: Den Profiteuren der Krise ist es gelungen, die Krisenkosten in den öffentlichen Bereich zu verlagern. Verantwortlich für den hohen Schuldenstand der öffentlichen Haushalte sind indes nicht die Sozialausgaben, sondern vielmehr die rückläufigen Staatseinnahmen. In den letzten Jahren haben Steuersenkungen zu erheblichen Entlastungen gerade bei denen beigetragen, die über ein hohes Einkommen und Vermögen verfügen. Die Steuerreformen seit 1998 haben dem Staat Steuerausfälle im Zeitraum 2000 bis 2010 von insgesamt rund 335 Milliarden Euro beschert. Im Durchschnitt fehlen somit über 30 Milliarden Euro pro Jahr.

Staatsschuldenquote (in Prozent am BIP)

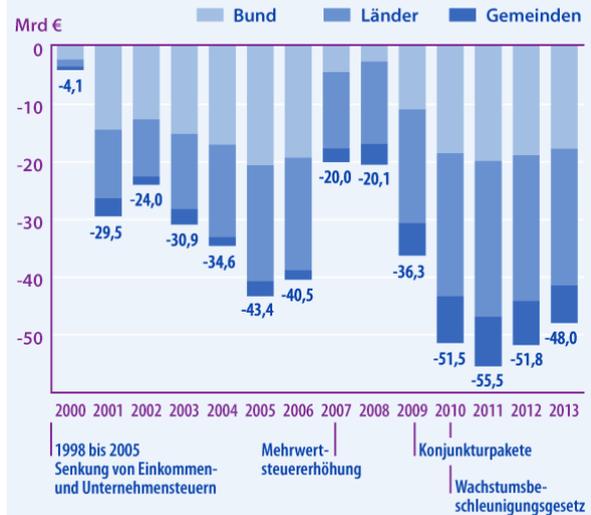
2000	59,7
2005	68,0
2006	67,6
2007	65,0
2008	66,0
2009	73,2
Quelle: EU Kommission	

Gerade die aktuelle Finanzlage der öffentlichen Haushalte wird allerdings neuerdings wieder als Argument zu einer neuen, jetzt noch verschärften Umverteilung von unten nach oben genutzt. Dies ist der Botschaft des 80 Milliarden Euro schweren so genannten „Sparpakets“ der Bundesregierung, durch das die Neuverschuldung begrenzt werden

soll, zu entnehmen. Alles in allem wird schon jetzt wieder an neoliberale Gedanken und Politikmuster aus der Vorkrisenzeit angeknüpft.

Einnahmeausfälle durch Steuerrechtsänderungen

Einnahmeausfälle seit 2000 für Bund, Länder und Gemeinden durch die Steuerrechtsänderungen seit 1998



Quelle: Berechnungen Eicker-Wolf/Truger

© ARBEITSGRUPPE ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK SONDERMEMORANDUM 2010

Fünf-Punkte-Plan

Analyse und Kritik sind wichtige Ansatzpunkte, um die aktuellen Entwicklungen in Deutschland zu verstehen. Derzeit geht es nicht einfach um die Krisenbewältigung und die Wiederherstellung des Vorkrisensystems. Die hohe Frequenz, mit der inzwischen Wirtschafts- und Finanzkrisen gemeldet werden, deutet darauf hin, dass etwas Grundlegendes passieren muss. Derzeit scheint es so, als wenn vom Finanzsektor und damit von den Banken eine relativ geringe Gefahr ausgeht. Das täuscht. Die massiven Probleme, die mit der Finanzkrise an die Oberfläche gespült wurden, sind keineswegs überwunden. Zwar wurden viele Ansatzpunkte zur dauerhaften Stabilisierung des Finanzsystems diskutiert. Dazu gehört auch die Einführung einer gemeinsamen Finanzaufsicht in Europa. Jedoch sind bis heute keine nennenswerten Schritte in Richtung

Begrenzung des Finanzsystems auf seine wesentlichen Aufgaben unternommen worden. Nicht zuletzt das Fehlen eines solchen Rahmens macht das Entstehen weiterer Krisen hochwahrscheinlich.

Im Folgenden soll indes ein kurzer Fünf-Punkte-Plan zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit vorgestellt werden. Ziel eines solchen Planes soll es sein, zentrale Ansatzpunkte zur Zukunftsgestaltung und Sicherung der Nachhaltigkeit zu bieten.

Europäische Koordination

Nationale Strategien geraten an ihre Grenzen. Europa und Eurozone erfahren gerade auf das Deutlichste: Eine gemeinsame Geldpolitik setzt eine gemeinsame Fiskalpolitik und Wirtschaftspolitik voraus. Die bisherige Strategie, den einzelnen Staaten eine weitgehende Unabhängigkeit ihrer wirtschaftspolitischen Entscheidungen zuzusichern, hat erhebliche Kosten nach sich gezogen. Dies zeigt sich auch und gerade in Bezug auf die Regulierung der Banken. Hier werden bislang höchst unterschiedliche nationale Regelungen getroffen. Die Harmonisierung ist dringend geboten – schon aus Gründen der Transparenz.

Bislang setzen alle Regierungen bei ihren jeweiligen Konjunkturprogrammen auf die Wiederherstellung des jeweiligen nationalen Vorkrisensystems. Damit wird die Heterogenität der nationalen Wirtschaftssysteme in der Europäischen Union weiter festgeschrieben. Dies allein muss noch nicht zu Schwierigkeiten und Verwerfungen führen. Problematisch ist indes, dass diese Rückwärtsorientierung dazu führt, dass die eigentlichen Ursachen der Wirtschafts- und Finanzkrise kaum angegangen werden.

Umdenken bei der Steuerpolitik

In Deutschland ist dringend ein Umdenken bei der Steuerpolitik geboten. Dies zeigt sich schon an einem simplen Beispiel.

Nehmen wir an, der Staat wäre ein Unternehmen. Dieses Unternehmen ist ein Monopolist – es bietet ein einzigartiges Produkt an: Stabilität. Die Qualität des Produktes ist hoch. Diese Produktqualität wird in anderen Volkswirtschaften wie entsprechende international vergleichende Studien zeigen, kaum irgendwo erreicht. Die Herstellung des Produktes Stabilität verursacht natürlich Kosten. Aber auch in dieser Hinsicht zeigen international vergleichende Studien, dass das Kosten-Qualitätsverhältnis einzigartig ist. Was würde in einer solchen Situation ein Unternehmen machen? Ja, es würde mindestens die Kosten auf die Nachfrager überwälzen. Und da es in unserem Fall ein Monopolist ist, würde es sogar einen Preisaufschlag nehmen und eine Monopolisten-Rente einfahren. Was aber macht aktuell der deutsche Staat? Hier werden Stimmen laut, die bereits jetzt wieder nach Steuersenkungen rufen. Dabei gäbe es gerade jetzt gute Gründe endlich über eine entsprechende Steuerstruktur zu einem ausgeglichenen Haushalt zu gelangen. Ansatzpunkte könnten hierbei die Erhöhung des Körperschaftsteuersatzes aber auch die Einführung einer Vermögensteuer sein. Überfällig ist ohnehin die Revision der Erbschaftsteuer. Darüber hinaus ist es völlig unverständlich, warum zwar beim Erwerb von Gütern und Dienstleistungen eine Umsatzsteuer fällig, eine ähnliche Steuer auf den Erwerb von Finanzprodukten dagegen als systemfremd angesehen wird.

Fesseln für die Finanzmärkte

Finanzmärkte dienen ursprünglich der Verbesserung der Ressourcenallokation. Im Vorfeld der internationalen Finanzkrise war der Eindruck entstanden, dass komplexe Finanztransaktionen eine Wertschöpfung garantieren könnten. Dies war durch die Wirtschaftswissenschaft und

die Bereitstellung entsprechender ökonomischer Modelle begleitet worden. Es hat sich gezeigt, dass die dabei angenommene Wertschöpfung im Finanzsektor über die Risikobewertung läuft. Gerade dies kann dann zu einem gesamtwirtschaftlichen Risiko unkalkulierbaren Ausmaßes werden. Vor diesem Hintergrund ist es geboten, die Finanzmärkte auf ihre wesentlichen Funktionen zu begrenzen. Dazu gehören die Förderung des Sparsinns und die Bereitstellung von Krediten. Gerade im Kreditgeschäft geht es auch um eine sinnvolle Risikobewertung.

Darüber hinaus muss es darum gehen, das bisherige Bankensystem in einigen seiner Grundfeste zu hinterfragen. Im Falle Deutschlands zeigt sich, dass gerade die Genossenschaftsbanken und die Sparkassen in der Krise stabilisierend wirkten. Dazu kommt, dass gerade diese Institute auch im Durchschnitt der letzten zehn Jahre eine überdurchschnittliche Eigenkapitalrendite zu verzeichnen hatten. Offenbar spielt hier das Geschäftsmodell eine wesentliche Rolle. Für Landesbanken, wie sie im Moment in diesem System etabliert sind, darf es in der Zukunft keine Rolle mehr geben. Das Gleiche gilt für Großbanken, die ihrer Verantwortung als systemisch relevante Institute offenbar kaum nachgekommen sind. Notwendig scheint es zu sein, die Größe von Banken zu begrenzen, um hier keine Klumpenrisiken entstehen zu lassen.

Gesamtwirtschaftliche Orientierung – Binnenwirtschaft stärken

Für Deutschland gilt es, die bisherige Wachstumsstrategie zu überdenken. Der massive Leistungsbilanzüberschuss hat die Übertragung der Finanzkrise nach

Deutschland erleichtert. Mit der Finanzkrise wurden erhebliche Forderungsbestände entwertet. Der dauerhafte Leistungsbilanzüberschuss lässt erkennen, dass „wir“ nicht über, sondern unter unseren Verhältnissen leben. Es wird in Deutschland dauerhaft mehr produziert als konsumiert und investiert. Um hier wieder ein Gleichgewicht herzustellen, könnte bei den Löhnen angesetzt werden. Zwar gibt es in Deutschland die Tarifautonomie aber die Garantie von Mindestlöhnen dürfte gerade im so genannten Niedriglohnssektor stabilisierend wirken.

Damit könnten in Zukunft wichtige Wachstumsimpulse aus der Binnenwirtschaft resultieren. Vor der Krise hatte sich durch die erhebliche und langanhaltende Lohnzurückhaltung gerade diese wichtigste Komponente der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage nur zögerlich entwickelt.

Demokratisierung der Entscheidungsprozesse im Produktionsbereich

Die Folgen und Kosten der Finanzkrise sind inzwischen zu einem erheblichen Teil in den öffentlichen Haushalten angekommen. Damit werden sie von „allen“ getragen. Schon aus dieser Tatsache ergibt sich ein Mitspracherecht „aller“ bei der Gestaltung der Nachkrisenära. Es kann nicht darauf vertraut werden, dass das Management von Unternehmen, welches diese in die Krisenzeit geführt hat, auch sinnvoll die Zukunft gestalten kann. Daher muss mit einer staatlichen Stützung von Unternehmen und Banken auch die Übertragung entsprechender Gestaltungsrechte einhergehen.

Die Auswirkungen der Krise auf Frauen

Gegenwärtig entsteht der Eindruck, dass das hier gewählte Vortragsthema nicht mehr aktuell ist. Von welcher Krise sprechen wir denn? Am 14. Oktober 2010 wurde das Herbstgutachten der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute veröffentlicht, das durchgehend mit positiven, nahezu euphorisch stimmenden Kennziffern gespickt ist: Demnach befindet sich Deutschland mit einem Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 3,5% in 2010 und 2,0% in 2011 wieder in einer Phase wirtschaftlichen Aufschwungs. Es ist die Rede von der „robusten Verfassung des Arbeitsmarktes“, da in 2010 die Erwerbslosenzahlen bei 3,34 Millionen liegen, in 2011 sogar unter die Dreimillionengrenze auf 2,93 Millionen sinken soll, was einer Arbeitslosenquote von 7% entspricht.

So „niedrig“ war diese zuletzt 1992 im Wiedervereinigungsboom. Schließlich vermerkt das Herbstgutachten Lohnsteigerungen um 2,8%, eine geringe Preissteigerung und einen Rückgang der Staatsverschuldung. In 2011 soll das Defizit „nur noch“ 2,7% des BIP betragen und damit 1,1 Prozentpunkte geringer ausfallen als in diesem Jahr (3,8%). Lohnt es sich also vor diesem Hintergrund überhaupt noch, sich mit der Wirtschaftskrise und ihren Auswirkungen auf Frauen auseinanderzusetzen? Ich denke „ja“. Meine Ausführungen sollen zeigen, dass es wichtig ist, die aktuelle Krise trotz der gegenwärtig positiven Entwicklung in Deutschland als Ausdruck eines geschlechterpolitischen Konservatismus in der Arbeits- und Wirtschaftspolitik zu diskutieren.



Dr. Alexandra Scheele studierte Politikwissenschaft, Deutsche Sprache und Literatur sowie Medienwissenschaften und Anglistik in Dortmund und Marburg. 2006 schrieb sie ihre Dissertation zum Thema „Arbeit als politisches Feld – Arbeitsforschung als politischer Prozess“. Seit 2005 ist sie Mitglied von GendA – Forschungs- und Kooperationsstelle Arbeit, Demokratie, Geschlecht an der Philipps-Universität Marburg. Seit 2006 ist Frau Scheele wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Potsdam sowie seit Januar 2008 Mitglied der Expert/inn/enruppe der Europäischen Kommission für "Gender equality, social inclusion, health care and long-term care" (EGGSI). Zudem ist sie als Vertretungsprofessorin in Erfurt tätig.

Die Antikrisenpolitik der Bundesregierung

Zu Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise im September 2008 standen im Zentrum der medialen und politischen Aufmerksamkeit der Finanzsektor¹ und die Automobilbranche. An letzterer hing in 2008 mit etwa 2,8 Millionen Beschäftigten jeder 7. Job. Für die Automobilbranche wurde vor zwei Jahren ein Umsatzeinbruch um -25% und ein Rückgang der

¹ Der Bankensektor wurde mit staatlichen Bürgschaften bis zu 480 Milliarden Euro, einer extra Bürgschaft von 50 Milliarden für den Baufinanzierer Hypo Real Estate sowie durch die sogenannte Teilverstaatlichung der Commerzbank (Der Bund übernimmt 25% plus eine Aktie und stellt 10 Milliarden aus dem Rettungsfond zur Verfügung) stabilisiert.

Beschäftigtenzahlen von -6% erwartet. Ein ähnlich hoher Beschäftigtenrückgang war damals für den Bereich der Telekommunikation erwartet worden (-6%). Für den Bankensektor wurde ein Rückgang von -1,5% bis -3% und im Bausektor wurden stagnierende oder leicht zurückgehende Beschäftigtenzahlen prognostiziert.²

Zur Eindämmung der *Finanzkrise* wurden staatliche Bürgschaften für den Bankensektor bereitgestellt und Anteile einzelner Banken durch den Bund übernommen. Zur Eindämmung der *Wirtschaftskrise* richtete sich das Augenmerk der Bundesregierung bei der Suche nach Maßnahmen zunächst vorrangig auf die Automobilindustrie. So erklärte Bundeskanzlerin Merkel zwischenzeitlich die „Opel-Rettung zur Chefsache“ und sicherte eine staatliche Bürgschaft für das krisengeschüttelte Unternehmen zu.

Auch das am 5. November 2008 noch von der großen Koalition verabschiedete erste Maßnahmenpaket mit dem Titel „Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung“, das zur schnelleren und

besseren Überwindung der Konjunkturschwäche beitragen sollte, beinhaltet mehrere Maßnahmen, mit denen „die Entwicklung und Verbreitung ökoeffizienter Fahrzeuge“ gefördert und gleichzeitig der Anpassungsprozess der Automobilbranche erleichtert werden soll. Hierzu gehören z.B. die mindestens einjährige Kfz-Steuerbefreiung beim Neukauf eines Autos, die Neuausgestaltung der CO₂ Regelungen für PKW, die Aufstockung des Kreditvolumens für Forschung, Entwicklung und Innovation, damit die Entwicklung moderner Fahrzeugtechnologie vorangetrieben wird. Außerdem profitierte die Automobilindustrie in besonderem Maße von der Verlängerung der Bezugsdauer von Kurzarbeitergeld von bisher 12 auf 18 Monate, da in dieser Branche und bei den Zulieferern bereits in großem Umfang Kurzarbeit als Instrument der Beschäftigungssicherung eingeführt wurde. Zum Vergleich: den geringsten Gebrauch von Kurzarbeit haben Betriebe im Gesundheitssektor und Einzelhandel gemacht. In Kurzarbeit waren zu 78% Männer und zu 22% Frauen. Betrachtet wird das erste Paket als Ganzes, so richteten sich die Impulse für Investitionen in erster Linie an produzierende Wirtschaftsbereiche und den Bausektor.

Auch im zweiten Programm der Regierungskoalition aus CDU und SPD vom 13. Januar 2009 wurde – diesmal unter der Überschrift „Entschlossen in der Krise, stark für den Aufschwung“ – der Schwerpunkt der finanziellen Ausgaben auf das kommunale Investitionsprogramm gelegt, insbesondere das Baugewerbe und die Stärkung der PKW-Nachfrage. Selbst der Investitionsschwerpunkt „Bildung“ zielte nicht auf eine qualitative Verbesserung der Lehre oder den Abbau der Chancenungleichheit im Bildungssystem, sondern nur auf die Sanierung der

² Quelle: Wirtschaftswoche: Branchenausblick 2009. Wann kommt die Wende? 23.12.2008. Dort wird gefragt: Welche Branchen sind besonders von der Krise betroffen? Die Automobilbranche (Volkswagen bildet eine Ausnahme): Umsatzeinbruch: -25% (erwartet in 2009), Beschäftigtenzahlen: -6,0%; Bau: Stagnation bis leichter Rückgang; Banken: Rückgang Beschäftigtenzahlen 2009 -1,5% bis -3,0; Versicherungen: 2008: Rückgang Beschäftigtenzahlen -3,0%, 2009: -3,0%; Chemische Industrie: Rückgang Beschäftigtenzahlen -1,0; Energiewirtschaft: 2008: -1,0%, 2009: -1,0%; Informationstechnologie: 2008: +3,0, 2009: +0,5%; Telekommunikation: 2008: -4,9%, 2009: -6,0%; Transport-Logistik: 2009 +1,0 bis -1,0; Maschinenbau: 2008: + 5,0%, 2009: +0,0%; Medien- und Werbebranche: sinkende Umsätze; Pharmaindustrie: Umsatz stabil, Beschäftigtenzahlen konstant; Tourismusbranche: Fluglinien, sinkender Umsatz, sinkende Beschäftigtenzahlen; Flugzeughersteller: schwacher Umsatz, konstante Beschäftigtenzahlen; Reisebranche, evtl. sinkender Umsatz, konstante Beschäftigtenzahlen.

Gebäude. Die Ökonomin Friederike Maier bezeichnete diese Ausrichtung in einem Zeitungsinterview ganz treffend mit den Worten „Gips statt Grips“. Das 14 Punkte Programm enthielt zudem steuerliche Entlastungen für BürgerInnen und familien- und kinderbezogene Leistungen (darunter die Zahlung von 100 Euro an alle Kindergeldbezieher, die nicht mit den Sozialleistungen verrechnet werden). Unter Punkt 10 „Beschäftigungssicherung und Qualifizierung“ wird u.a. die Förderung von Kurzarbeit durch die hälftige Übernahme der Sozialversicherungsbeiträge durch die Bundesagentur für Arbeit beschlossen, als auch an 8. Stelle der Ausbau von Betreuung und Pflege erwähnt, wobei hier Angaben gemacht werden über den Umfang (bis 2013 80.000 neue ErzieherInnenstellen für unter 3-jährige und 30.000 in der Tagespflege sowie 100.000 neue Pflegekräfte), nicht aber darüber, woher die Finanzierung dafür kommen soll. Es handelte sich wahrscheinlich um die personelle Ausstattung des bereits im Dezember 2008 beschlossenen Ausbaus der Kinderbetreuung für unter Dreijährige über dessen Finanzierung gegenwärtig Kommunen und Länder streiten. Für den Bereich der „Aktivierung“ und „Qualifizierung“ von Erwerbslosen sollten im Bundeshaushalt 2009 und 2010 1,2 Milliarden Euro, sowie 770 Millionen Euro bei der Bundesagentur für Arbeit bereitgestellt werden. Diese Summe wirkt im Vergleich zur sogenannten „Umweltprämie“, also die Zahlung von 2.500 Euro an Autobesitzer, die ihr altes Auto verschrotten und ein neues kaufen, für die allein 1,6 Milliarden veranschlagt wurden, eher bescheiden.

Das im Dezember 2009 von der jetzigen schwarz-gelben Bundesregierung verabschiedete „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ enthielt Maßnahmen zur

Förderung von Familien (Erhöhung des Kindergeldes und der Kinderfreibeträge) und die Steuerentlastung für Unternehmen sowie die ermäßigte Umsatzsteuer für Hotelbetriebe.

Alles in allem wurden über die Antikrisenpakete der Bundesregierungen überwiegend Branchen unterstützt, die einen hohen Anteil an männlichen Beschäftigten aufweisen. Frauendominierte Branchen wurden hingegen so gut wie gar nicht bedacht. Eine Ausnahme bildet die verbesserte steuerliche Absetzbarkeit von haushaltsnahen Dienstleistungen. Hierbei handelt es sich aber um einen Sektor, der von einem hohen Anteil geringfügiger Beschäftigung bzw. von Niedriglöhnen gekennzeichnet ist.

Die Ausgaben der zwei Konjunkturpakete und des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes umfassen rund 86,8 Milliarden Euro. Sabine Reiner und Gabriele Schambach haben 2010 die Zusammensetzung der Maßnahmen als ungünstig bewertet, da nur ein geringer Teil der Ausgaben für direkte öffentliche Investitionen vorgesehen waren, obwohl diese Wachstums- und Beschäftigungsaspekte ausweise. Mehr als die Hälfte des Geldes geht in Steuer- und Abgabensenkungen, die Unternehmen und Personen mit höherem Einkommen begünstigen – und das sind weniger Frauen, da der Anteil von Frauen in den höheren Einkommensbereichen nur 15% beträgt. Die soziale Unausgewogenheit der Programme zeigt sich auch an anderer Stelle: So profitieren Familien, die Hartz IV beziehen überhaupt nicht von der Erhöhung des Kindergeldes und der Kinderfreibeträge.

Desweiteren ist zu befürchten, dass Frauen von den sogenannten „Zweit-rundeneffekten“ der Krise stärker betroffen

sein werden. Viele „Frauenbranchen“ weisen schon seit Jahren Krisensymptome auf, wie z.B. der Einzelhandel. In den letzten Jahren mussten bereits einige Handelsketten Insolvenz anmelden und sowohl die Zahl der Vollzeitbeschäftigten als auch die der sozialversicherungspflichtigen Teilzeitbeschäftigten nimmt seit Jahren ab. Stattdessen ist der Anteil der geringfügig Beschäftigten in den letzten Jahren stark gestiegen – von 2000 bis 2007 um 23%. Auch im öffentlichen Sektor, in dem der Frauenanteil unter den Beschäftigten etwas über 52% liegt, wurden in den letzten Jahren 2,1 Millionen Beschäftigte abgebaut (1992: 6,66 Mio./2006: 4,56 Mio.), das entspricht einem Rückgang der Beschäftigtenzahlen um –31% von 1992 bis 2006. Außerdem nahm auch hier die Zahl der Vollzeitbeschäftigten ab, während die Zahl der Teilzeitbeschäftigten zu-nahm.³ Hier ist zu befürchten, dass im Zuge der Haushaltskonsolidierung und der schlechten Finanzlage vieler Kommunen öffentliche Einrichtungen geschlossen und weitere Stellen abgebaut werden. Eine ähnliche Tendenz lässt sich auch für das von Frauen dominierte Gesundheitswesen ablesen.

Geschlechterpolitischer Konservatismus in der Arbeits- und Wirtschaftspolitik

Es ist zunächst einmal kritisch zu fragen, inwieweit es sich bei der Antikrisenpolitik nur um den Versuch einer kurzfristigen Lösung eines Problems von Arbeit und Beschäftigung handelt, das tatsächlich tiefergehendere Ursachen hat, als die politische und öffentliche Diskussion der Krise und ihrer Überwindung nahe legt.

Dieses Problem lässt sich folgendermaßen umreißen:

Orientierungsmarke von Arbeits- und Sozialpolitik sind noch immer die durch das fordistische Arbeitsmodell geprägten Formen industrieller Arbeit. Der fordistisch-keynsianische Wohlfahrtsstaatskompromiss der Nachkriegszeit ist nachfrageorientiert und zielt auf Massenkonsum und Vollbeschäftigung – wobei sich das Credo der Vollbeschäftigung in erster Linie auf Männer bezieht, die die Funktion des Familienernährers übernehmen sollen. Die starke Erwerbsorientierung der sozialen Sicherungssysteme wird von einer finanziellen (und ideologischen) Förderung der Hausfrauenehe begleitet und (re-)produziert die geschlechtszuschreibende Arbeitsteilung in Familien. Das Steuersystem, insbesondere das Ehegattensplitting, belohnt die Nicht- bzw. nur geringfügige Erwerbsarbeit der Frau, das geringe Angebot an öffentlicher Kinderbetreuung insbesondere in Westdeutschland und in ländlichen Regionen erschwert die Erwerbstätigkeit von Müttern und die abgeleitete Kranken- und Rentenversicherung erhöht die Abhängigkeit vom Ehemann. Die Staatsbürgerrechte von (Ehe-) Frauen werden durch Ehe-, Familien- und Sozialversicherungsrecht und die damit einhergehende abgeleiteten Rechte und Ansprüche explizit und implizit eingeschränkt und durch die nur begrenzte Anerkennung von Familien- und Carearbeit bleiben viele (Ehe-)Frauen und Mütter abhängig vom männlichen Familienernährer.

Der Sozialstaat der Bundesrepublik Deutschland verfolgt zwar nicht mehr nur das Ziel, die Risiken des/der Einzelnen zu minimieren, sondern auch in gewissem Umfang soziale Risiken zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen umzuverteilen. Eine Umverteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit

³ Nationalatlas des Leipziger Instituts für Länderkunde.

zwischen Männern und Frauen ist jedoch nicht vorgesehen, auch wenn das Thema „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ im Zuge des demografischen Wandels und der deutlich gestiegenen Frauenerwerbsarbeit auf die Tagesordnung gekommen ist. Die Fürsorgearbeit hatte weiterhin einen geringen Stellenwert, auch wenn zunehmend einige der privat geleisteten Tätigkeiten zum Gegenstandsbereich sozialpolitischer Regulierungen wurden, wie z.B. der Mutterschutz und die Erziehungszeit, später auch die Anrechnung von Erziehungszeiten bei der Rente oder die partielle Anerkennung privat geleisteter Pflege über das Pflegegeld. Die geschlechtszuschreibende Arbeitsteilung ist damit nicht nur ein konstituierendes Element des Sozialstaates, sondern zugleich die zentrale Ursache für soziale Ungleichheit zwischen den Geschlechtern.

Bei dem Vorhaben ein Leitbild zu fördern, das die gleichberechtigte Erwerbsintegration von Frauen bei gleichzeitiger Neugestaltung des Verhältnisses von „Arbeit“ und „Leben“ und einer Aufwertung jener gesellschaftlich notwendigen Arbeit, die bislang unterbewertet und unterbezahlt ist, begünstigt, dann hätte es anderer Konjunkturprogramme gebraucht.

Ein geschlechtergerechtes Konjunkturprogramm hätte bedeutet, dass die „Bildungs- und Qualifizierungsoffensive“ (Beschluss 1) nicht nur in die Sanierung von Bildungseinrichtungen, sondern – gerade mit Blick auf Kitas – auch in die Personalausstattung investiert hätte. Zudem hätte für den Bereich „Beschäftigungssicherung und Qualifizierung“ (Beschluss 10), in dem der Ausbau von Betreuung und Pflege angesprochen wird, ein konkretes Programm zur Qualifizierung von Pflegepersonal entwickelt werden müssen, das dann auch eine entsprechende finanzielle

Ausstattung erhält. Dies ist aber nicht der Fall.

Die Antikrisenpolitik der Bundesregierung bestätigt stattdessen einmal mehr den geringen Stellenwert von Fürsorge, Pflege, Erziehung oder Betreuung. Selbst wenn Dienstleistungen als zentrales Moment des gesellschaftlichen Wandels thematisiert und fokussiert werden, dann liegt der Schwerpunkt der Aufmerksamkeit meist auf den produktionsorientierten Dienstleistungen (z.B. Fertigung, Montage, Wartung von Maschinen) oder den sogenannten primären Dienstleistungen, also der Bereich Einkauf, Verkauf, Versand, Transport oder Lagerung, wobei auch hier wieder die technikvermittelte Dienstleistungsarbeit in den Vordergrund rückt. Der Sektor der sekundären bzw. Humandienstleistungen erfährt jedoch relativ wenig Aufmerksamkeit, obwohl hier, insbesondere in den sozialen, zunehmend von Privatanbietern angebotenen, Dienstleistungen, die Beschäftigung in den letzten Jahrzehnten am kontinuierlichsten gewachsen ist. Hat diese diskursive Randständigkeit damit zu tun, dass es sich traditionell um einen zentralen Beschäftigungsbereich von Frauen handelt? Liegt sie darin begründet, dass stillschweigend noch immer davon ausgegangen wird, dass es letztlich wieder die Mütter sind, die die Betreuung der Kinder übernehmen und die Töchter und Schwiegertöchter, die die Pflege der Alten organisieren?

Mit dieser Verkürzung von Erwerbsarbeit auf industrielle bzw. technische Bereiche ist allerdings ein Problem verbunden, das über die Geschlechterfrage hinausweist. Das steigende Bruttoinlandsprodukt wurde und wird mit prozentual niedrigerem Arbeitsvolumen hergestellt und der Anstieg der Erwerbstätigen (insbesondere der Anstieg der Frauenerwerbstätigkeit) ging einher mit einer durchschnittlich

geringeren Arbeitszeit je Erwerbstätigen. Der Schlüssel dafür besteht in der kontinuierlich gestiegenen Produktivität je Erwerbstätigen, die gewissermaßen Ausdruck für die Janusköpfigkeit technischer Innovationen und Rationalität ist. Die Bereiche hingegen, die sich der Produktivitätssteigerung weitestgehend entziehen und dadurch auch weniger betroffen sind von Absatzenschwankungen oder Konjunkturreinbrüchen, sind Erziehung, Bildung, Pflege, Kultur u.ä.. Dieser arbeitspolitische Konservatismus bzw. Androzentrismus trägt schließlich dazu bei, dass sich zwar einerseits die beruflichen Perspektiven von Frauen in den letzten Jahren deutlich verbessert haben, sich aber andererseits im Hinblick auf die Verteilung, Organisation und Bewertung von Arbeit nach wie vor eine Vielfalt von Ungleichheitsdimensionen zwischen Frauen und Männern identifizieren lassen. Diese sind:

- 1.) Die bereits angesprochene horizontale Geschlechtersegregation des Arbeitsmarktes, also die ungleiche Vertretung von Frauen und Männern in Berufen, Tätigkeiten und Branchen
- 2.) Die vertikale Segregation, also die unterschiedliche Repräsentation von Frauen und Männern auf innerbetrieblichen Positionen und Hierarchieebenen.⁴
- 3.) Die ungleiche Verteilung von Zeit in der beruflichen und privaten Arbeit: Frauen leisten überproportional häufig Teilzeitarbeit, sind geringfügig oder in Minijobs beschäftigt, Männer hingegen sind noch immer überwiegend in Vollzeit beschäftigt und leisten vielfach

⁴ Die international vergleichende Arbeitsmarkt- und Sozialstaatsforschung zeigt, dass die Geschlechtersegregation auf dem Arbeitsmarkt sehr stark durch unterschiedliche Sozialstaatsregimes beeinflusst wird, was den Stellenwert politischer Regulierung für die Gestaltung des Arbeitsmarktes unterstreicht.

Überstunden.⁵ Auch die Arbeit in den privaten Haushalten wird nach wie vor überwiegend von Frauen geleistet – wenn auch teilweise in veränderten Formen (verstärkte Inanspruchnahme von haushaltsnahen Dienstleistungen, Zunahme Alleinerziehender).

- 4.) Schließlich liegen die Einkommen von Frauen seit vielen Jahren signifikant unter den Einkommen von Männern; gegenwärtig beläuft sich die Diskrepanz bei gleicher Arbeitszeit in Deutschland auf ca. 24 Prozent. In keinem Wirtschaftszweig verdienen Frauen im Schnitt mehr als Männer und je älter die Beschäftigten sind, umso größer ist der Unterschied bei den Löhnen⁶.

Die große Chance der Krise und der auf sie reagierenden Antikrisenpolitik hätte darin gelegen, die gleichberechtigte Erwerbsintegration von Frauen mit neuen Weichenstellungen im Bereich von Arbeits- und Sozialpolitik zu verbinden und damit zugleich die soziale Frage mit dem Anliegen von „guter Arbeit“.

⁵ Durchschnittliche Wochenarbeitszeit: Männer: 40,2 Std., Frauen: 30,8 Std. in der Woche (vgl. WSI 2005, 189); Anteil der weiblichen Teilzeitbeschäftigten an allen weiblichen Erwerbstätigen stieg zwischen 1996 und 2006 von 33,3 auf 45,4 Prozent; bei Männern erhöhte sich dieser Wert im selben Zeitraum von 3,4 auf 8,4 Prozent; Geringfügige Beschäftigung von Frauen hat zugenommen (2000: knapp 2,9 Mio., 2007: knapp 3,3 Mio).

⁶ Frauen arbeiten besonders häufig im Niedriglohnbereich, der in den letzten Jahren ohnehin gewachsen ist. Nach einer aktuellen Studie des Instituts für Arbeit und Qualifikation waren es im Jahr 2006 22% der Beschäftigten, während es im Jahr 1995 noch 15% waren. Frauen stellen fast 60% der Vollzeit beschäftigten Geringverdiener. Ihr Risiko ist auch größer, im Niedriglohnsektor zu bleiben. So schaffte zwar jeder fünfte Mann innerhalb von 6 Jahren den Sprung über die Niedriglohnschwelle, bei den Frauen nur jede zehnte.

Im Blickpunkt: die Care Ökonomie und ihre Krise

Die Wirtschaftskrise und die Krise der Care Ökonomie haben gemeinsame Wurzeln

Um Zweifel erst gar nicht aufkommen zu lassen: Die Krise der Care Ökonomie ist kein Abkömmling der gegenwärtigen Wirtschaftskrise in dem Sinn, dass es sie ohne den großen Einbruch im globalen Markt nicht gäbe. Deshalb will ich hier nicht über die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die Care Ökonomie reden, sondern Gegenseitigkeiten und Verschränkungen in den Blick nehmen. Die großen Krisen der Gegenwart haben eines gemeinsam: sie entspringen unserer gegenwärtigen Wirtschaftsweise und deren Fokussierung auf die Herstellung und den Verkauf von materiellen, d.h. handelbaren Gütern.

Wie wird der Begriff *Care Ökonomie* verstanden? Der Begriff ist zwar inzwischen in aller Munde, aber es ist nicht leicht zu bestimmen, was gemeint ist. Das Wörterbuch bietet wenig Unterstützung: *Care* bedeutet *Sorge, Sorgfalt, Pflege, Fürsorge, Versorgung*. Dies alles sind jedoch Tätigkeiten, die dem Selbstverständnis der Ökonomie zuwiderlaufen. Was Ökonomie bedeutet, hat uns die große Krise des Wirtschafts- und Finanzsystems vor kurzem anschaulich vor Augen geführt. Das Ökonomische vollzieht sich innerhalb globaler Märkte, sein Antrieb sind Eigennutz und Wettbewerb, sein Schmiermittel das Geld. Fürsorge weist sich dagegen aus durch Empathie und Nähe, sie unterstützt Wohlbefinden und



Dr. Elisabeth Stiefel studierte Wirtschaftswissenschaften in den USA, Paris und Tübingen. Nach ihrer Rückkehr war sie als Kontoristin und Sachbearbeiterin in der mittelständischen Industrie tätig. 1958 promovierte sie an der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Tübingen. 1973 erhielt sie eine Anstellung als Referentin für Berufliche Bildung beim nordrhein-westfälischen Volkshochschulverband. Nach der Wiedervereinigung war Frau Stiefel als Beraterin in Brandenburg im Auftrag des Landes NRW tätig. Seit 1993 ist sie Rentnerin. Seit 15 Jahren engagiert sie sich aktiv in verschiedenen internationalen Netzwerken der Feministischen Ökonomie.

Zufriedenheit, ihr Erfolg ist abhängig von Einverständnis und Kooperation.

Für richtige Ökonomen bedeutet die Care Economy eher Belastung als Gewinn. Sie verbraucht Ressourcen und verursacht Kosten selbst dann, wenn unbezahlt gearbeitet wird. Dienstleistende müssen zumindest unterhalten werden.

Ist es demnach überhaupt zulässig, die beiden Begriffe zu verknüpfen? Manche verstehen den Diskurs über die Care-Ökonomie als Fortsetzung der alten Dis-

kussion über Haus-, Beziehungs-, Versorgungsarbeit. Doch die Debatte über Care stellt andere Fragen und ist auf der Suche nach anderen Antworten. Der Begriff *Care Economy* ist eine Neuschöpfung von Ökonominnen, die sich nicht länger abfinden mögen mit der Männlichkeit ihrer Fachdisziplin. Hinter dem Denkansatz von *Feminist Economics* verbirgt sich ein Aufstand gegen den *male bias* der Wirtschaftswissenschaften. Fachfrauen wehren sich gegen die Scheuklappen ihrer Kollegen gegenüber allem, was als dienende Arbeit und deshalb als weiblich gilt.

Im patriarchalen Weltbild der Wirtschaftswissenschaften kommt Care nicht vor

Unser Wirtschaftsdenken wurzelt in einem Modell von Haushalt und Familie, in dem einst ein Ernährer-Mann fast unbegrenzte Macht besaß. Nicht umsonst sind einschlägige Begriffe wie Ökonomie oder Wirtschaft im Wortsinn auf den Mann als Hausherrn und Haushälter zugeschnitten. Zuzeiten, als Adam Smith die Grundsätze der gegenwärtigen Wirtschaftsweise erdachte, waren Ernährer-Männer de jure zuständig für alles, was sich in ihrem Haushalt so zutrug. Ihre öffentliche Verantwortung für die Gemeinschaft der Haushaltsmitglieder war umfassend. Dem Ernährer-Mann oblag nicht nur der Einkommenserwerb für sich und die Seinen, sondern z.B. auch die Bildung und Erziehung seiner Nachkommen.

Demgegenüber blieb die Rolle der weiblichen Haushaltsmitglieder im Schatten. Ihr eigenes Einkommen – so sie eines hatten – fungierte als Teil des Haushaltseinkommens, über das wiederum der Mann als Familienoberhaupt und Haushaltsvorstand verfügte. Da Männer

dienende Tätigkeiten als unmännlich ablehnten, galten Pflege, Betreuung, Versorgung der Haushaltsmitglieder zwar als Aufgabe von Frauen, aber keineswegs als Äquivalent männlicher Arbeit. Dies lag zum einen an der mangelnden Bezahlung, vor allem jedoch an der Zuordnung zum weiblichen Geschlecht. Es herrschte die Überzeugung, dass häusliche Dienste der weiblichen Natur entsprängen, seien quasi angeboren und deshalb beliebig abrufbar.

Adam Smith und andere Gründerväter der industriellen Wirtschaftsweise haben sich zur Geschlechterdimension ihres Denkens nicht geäußert. Mit Sicherheit war die häusliche Funktion von Frauen jedoch immer mit gemeint. Das Wirtschaftsmodell der Wachstums-Ökonomie basiert auf der Produktivitätssteigerung von Herstellungsprozessen für Güter, die sich auf dem großen Markt verkaufen lassen. Smith versprach Wohlstand, der nicht aus gehorteten Schätzen bestand, sondern sich durch den Einsatz von menschlicher Arbeitskraft erschaffen und mit Hilfe kostenloser häuslicher Dienste genießen ließ.

Nur was materiellen Reichtum schafft, verträgt sich mit unserer Wirtschaftsform

Mit seiner Unterscheidung von produktiven und unproduktiven Tätigkeiten stellte er dabei bereits im 18. Jahrhundert die Weichen für die Randständigkeit von langsamer Arbeit, insbesondere aber von Tätigkeiten, die sich nicht in materiellem Reichtum niederschlagen. Er war durchaus bereit, für diese Rangordnung auch Erschwernisse des Alltagslebens in Kauf zu nehmen. So hielt er z.B. die Beschäftigung von Hauspersonal für fragwürdigen Luxus, weil der Lohn für häusliche Dienste die Ressourcen schmälerte,

die besser in die Produktion von Reichtum investiert werden könnten. Der höchstmögliche Ertrag der Reichtumsproduktion verstand sich ohne Abzüge für mehr oder weniger kostenträchtige Dienstleistungen.

Sollten wir uns dem Eindruck widersetzen, dass Smith Produktivität und männliche Schaffenskraft irgendwie zur Deckung brachte? Er hat dazu nichts gesagt, vielleicht, weil er daran keinen Zweifel hatte. Sein Raster bringt jedoch bis heute Erkenntnisgewinn, wenn wir es auf moderne Arbeitsmärkte projizieren. Dienende Berufe gelten als weiblich, herstellende Arbeit ist umso männlicher, je größer, schwerer oder komplizierter das Gerät ist, das sie hervorbringt. Auch leitende Funktionen mit ihrer Verantwortung für ein größeres Ganzes – oft eher unabhängig von der dafür reklamierten Qualifikation – bleiben auf Männer zugeschnitten.

Last not least: Der viel gescholtene gender pay gap, die nicht auszurottende Minderbezahlung von Frauen im Beruf, lässt sich historisch auf die Zuständigkeit des Ernährer-Mannes für den Familienunterhalt zurückführen. Frauenlöhne dienten gewissermaßen als Unterhaltersatz für eine unverheiratete Frau. Bis weit hinein in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts wurde verheirateten Frauen andererseits die Aufnahme einer Erwerbsarbeit nur dann zugestanden, wenn ‚der Mann‘ nicht genug verdiente oder gar abhanden gekommen war.

Die Care Ökonomie ist die Bruchstelle patriarchalen Wirtschaftens

Im Licht feministisch-ökonomischer Analyse besitzen Frauen und die ihnen übertragene Aufgabe der Personensorge eine Schlüsselstellung für das Erkennen

der Schwach-, ja sogar der Bruchstellen der gegenwärtigen Wirtschaftsweise. Zu allen Zeiten haben Mainstream-Ökonomen vom wirtschaftlichen Grundbaustein grenzenlose Flexibilität erwartet. Wann immer es um Anpassung an die Wechselfälle der Reichtumsproduktion gegangen ist, war die weibliche Ersatzmannschaft gefragt. Sie sollte mindestens in der Lage sein, den Lebenserhalt sicherzustellen. Von Belang waren dabei Einkaufsverhalten und Versorgungsarbeit ebenso wie ein Zusatzeinkommen aus (ggf. vorübergehender und in jedem Falle nachrangiger) Erwerbsarbeit.

Da der Betrachtungshorizont industriellen Wirtschaftens gemeinhin an der Marktgrenze erlischt, verliert sich der Einsatz der Frauen leicht in der Allzuständigkeit des männlichen Haushalters. Auch feministischen Ökonominen ist es bisher nicht gelungen, Frauen und ihre Arbeit in den Rahmen makroökonomischer Theorien einzupassen. Wir brauchen ganz neue Positionen und Denkansätze, wenn wir zum einen die Perspektiven der Care Ökonomie, zum andern aber auch die ökonomische Dimension der Geschlechterverhältnisse erfassen und einordnen wollen.

Erinnern wir uns: Die These, Haushalt und Familie seien als Keimzelle von Wirtschaft und Gesellschaft anzusehen, wurde von feministisch gesonnenen Frauen immer als Provokation empfunden. Im Brevier einer rückwärtsgewandten Perspektive untermauerte sie die Argumentation gegen weibliche Autonomie. Doch das Blatt hat sich gewendet. Unter geänderten Vorzeichen gewinnt die alte Wahrheit brisante Aktualität.

Seit Jahrzehnten gehen ‚produktive‘, d.h. Männerarbeitsplätze verloren. Mit dem Slogan ‚Der Industriegesellschaft geht die

Arbeit aus' warnten Experten einst vor wachsender Arbeitslosigkeit vor allem im produzierenden Bereich. Andere Experten sprangen in die Bresche und verkündeten lautstark: ‚Arbeit ist für alle da‘. Im Visier hatten sie vorrangig haushaltsnahe, d.h. wenig produktive und deshalb als minderwertig betrachtete Dienstleistungen. Wie nicht anders zu erwarten war, gerieten zuerst die Frauen ins Visier, vor allem solche, die vorher ‚nicht gearbeitet‘ hatten. Sie standen ohnehin im Verdacht, den ganzen Tag in der Hängematte zu liegen.

Das industrielle Regime der Geschlechterverhältnisse hat ausgedient

Angesichts kontinuierlich steigender Erwerbsquoten der weiblichen Bevölkerung werden Frauen heute oft zu Gewinnerinnen der wirtschaftlichen Entwicklung ausgerufen. Tatsächlich schien der Dienstleistungssektor lange in der Lage, die Arbeitsplatzverluste im Männerbereich wenigstens quantitativ zu kompensieren.

In der Krise der Wachstumsökonomie bedeutet das eigene Geld für Frauen jedoch nicht immer einen Zugewinn an Autonomie und finanzieller Eigenständigkeit. Ihr Zeitbudget für Hausarbeit und Familienpflichten ist knapper geworden, obwohl Versorgungsarbeit nach wie vor hauptsächlich Frauenarbeit ist. Unterhaltsansprüche gegenüber Männern und Vätern sind gesunken, viele Frauen sind sogar von der traditionellen Zuverdienerin zur Familienernährerin mutiert. Weltweit steigt vor allem die Zahl der Mütter ohne Mann.

Überall haben Frauen mit ihren Kindern unter dem Niedergang der Ernährungsökonomie am meisten zu leiden. Sie fallen der Sozialfürsorge anheim, bevölkern die

Ränder der Arbeitsmärkte oder migrieren über Grenzen und Kontinente hinweg, um für ihre Familien ein Minimum an Lebensunterhalt einzuwerben. Während die eigenen Kinder oft nur mangelhaft versorgt werden, leisten sie Haus- und Betreuungsarbeit für wohlhabende Haushalte überall auf der Welt. Schon ist die Rede von neuen Formen der internationalen Arbeitsteilung.

Die schärfste und umfassendste Kritik an der Situation der Frauen und ihrer Arbeit im globalen Markt kommt nicht von ungefähr aus dem Bereich der Vereinten Nationen, wo neben der wirtschaftlichen auch die menschliche Entwicklung eine Rolle spielt. Es ist die Rede vom weltweiten *Care Drain*, d.h. dem Ausbluten dessen, was der Weltentwicklungsbericht 1999 das *unsichtbare Herz* sozialer und ökonomischer Nachhaltigkeit genannt hat. Immer stärkere ökonomische Zwänge rauben uns die Zeit, die wir nicht nur für uns selbst, sondern auch für unsere Familien, Freunde und Nachbarn brauchen. Viele sehen Parallelen der *Care-Krise* zur ökologischen Krise. Auch Ressourcen, die scheinbar nichts kosten, sind nicht unbegrenzt verfügbar.⁷

Nur ein Paradigmenwechsel führt uns aus den Krisen der Gegenwart

Es bedurfte der verschärften Wahrnehmung im Brennglas feministisch-ökonomischer Patriarchatskritik, um die Bedrohung der Care-Ökonomie ins Visier zu nehmen. Gleichwohl zeigen sich weiterführende Parallelen zu einer etwa ab 1970 unter männlichen Experten geführten Diskussion über Möglichkeiten, die Wirtschaft der alten Industrieländer in eine

⁷ Human Development Report 1999, UNDP

Dienstleistungsökonomie zu überführen.⁸ Es gab die Hoffnung, dadurch nicht nur Arbeitsplätze zu schaffen, sondern auch den großen Bedarf an nicht materiellen Gütern wie Bildung und Kultur, Zeitwohlstand, Gesundheit und Wohlbefinden zu decken.

Der damalige Diskurs zur Zukunft der Arbeit zog eine höchst unbefriedigende Bilanz. Die Verwirklichung der Dienstleistungsgesellschaft werde an der Schwierigkeit scheitern, materielle Produktion und personennahe Arbeit auf einen Nenner zu bringen. Care-Arbeit ist grundsätzlich langsam, und ihr Ertrag lässt sich nicht trennen von den Personen, die durch Geben und Nehmen miteinander in Verbindung treten. Dagegen macht der technische Fortschritt herstellende Arbeit immer schneller, und dasselbe Quantum Arbeit bringt immer größere Gütermengen hervor. Solange die Reichtumsproduktion Messlatte ist für die Bewertung von Arbeit, muss sich diese Diskrepanz in der Bezahlung niederschlagen. Ohne gezielte Subvention aus privaten oder öffentlichen Haushalten ist Care- bzw. Versorgungsarbeit nur bedingt markt- und schon gar nicht konkurrenzfähig.

Auch in der globalen Marktwirtschaft erfolgt die Verteilung der überschießenden Güterfülle nach der kaum hinterfragten Regel, dass ein männlicher *oikonomos*/Haushaltsvorstand Reichtum schafft und Frauen und Kinder Unterhaltsansprüche haben. Doch der Ernährerhaushalt hat als Drehscheibe der Umverteilung für alle Zeiten ausgedient. Auch der Staat als Übervater will und kann bröckelnde Unterhaltsleistungen aus der Familie nicht

auf Dauer durch Zahlungen aus öffentlichen Kassen kompensieren.

Ebenso wenig ist die weibliche Ersatzmannschaft in der Lage, die Lücke zu füllen. Was sich gegenwärtig vollzieht, ist sowohl aus Frauensicht als auch aus der Perspektive ökonomischer Nachhaltigkeit absurd. Die traditionelle ‚Rolle‘ der Frau als Nichterwerbsperson verblasst bis zur Unkenntlichkeit hinter dem von uns Feministinnen hart erkämpften Recht, *als Gleiche* erwerbstätig zu sein. Unvermittelt (und unkommentiert) geraten Frauen in ihrer Eigenschaft als Ersatzmann in den Sog einer Wirtschaftsweise, die geprägt ist vom Strukturgerippe ihres patriarchalen Grundbausteins. Im Rahmen unseres ökonomischen Paradigmas ist Care-Arbeit nichts als eine Beigabe zu den angeborenen Eigenschaften des weiblichen Geschlechts und dient der Nutzen stiftenden Verwendung der vorhandenen Güterfülle.

Die verborgene Doppelbödigkeit fortschreitender Gleichstellung unter Ausschluss unbezahlter Versorgungsarbeit hat mir - wie schon so oft - vor kurzem wieder einmal den Atem verschlagen. Im Mai 2010 diskutierte der Europarat eine Vorlage zur Bekämpfung sexistischer Berichterstattung in den Medien.⁹ Nicht zuletzt ging es um die Aufhebung der zähen Unsichtbarkeit von Frauen in allen gesellschaftlich wichtigen Bereichen. Herausgekommen ist eine – wenigstens verbale – Absage an die sog. Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern. In Zukunft soll nicht mehr unterschieden werden zwischen Müttern und Vätern, sondern nur noch zwischen ‚das Elter 1‘ und ‚das Elter 2‘. Dabei bleibt es den – gleich- oder heterosexuell zu definierenden – Partnern überlassen,

⁸ F. Decker, Einführung in die Dienstleistungsökonomie, UTB 505, Schöningh 1975.

⁹ Vorlage 12667.

welcher Ordnungszahl sie sich zuordnen mögen.

Gleichstellung in wessen Interesse und zu wessen Lasten? Innerhalb der letzten 30 Jahre hat die Wirtschafts- und Sozialstatistik den industriewirtschaftlichen Haushaltsvorstand im Namen der Gleichberechtigung schrittweise entmännlicht. Er verwandelte sich zunächst zur Bezugsperson, danach zum Hauptverdiener. Damit war der Weg frei für die Übertragung seiner ursprünglichen Aufgaben an die Frau als Ersatzmann. Das vielfältig dokumentierte Armutrisiko von Müttern ohne Mann ist damit zwar entweiblicht, aber keineswegs beseitigt.

Wir brauchen ganz neue Maßstäbe für wirtschaftliches Handeln, wenn jedes Individuum – ganz gleich ob männlich oder weiblich, alt oder jung, kinderlos verheiratet, Single mit oder ohne Kinder – einen Anspruch auf menschenwürdige Lebensbedingungen haben soll.

Wie wird – und kann – es weitergehen?

Care-Arbeit virtuell ‚in Wert‘ zu setzen und dem Sozialprodukt zuzuschlagen, gerät allzu leicht zum Selbstbetrug. Die Maxime der Gründerväter, dass Dienstleistungen für die Familie nicht als Zugewinn, sondern als Kostenfaktor anzusehen sind, ist tief eingegraben in das Regelwerk unserer Wirtschafts- und Sozialpolitik. Sie lässt sich nicht durch eine Schönheitsoperation aus der Welt schaffen.

Ebenso wenig hilfreich ist der Rückbezug auf Frausein, wenn es darum geht, Raum zu schaffen für die Integration der Care Economy in unser Denken über Wirtschaften. Gerade die – systemkonform – den Frauen zugeordnete Weiblichkeit hat verhindert, dass das instrumentelle Arbeitsverständnis der Industriegesell-

schaft aufgebrochen wurde zugunsten einer Orientierung an materiellen und immateriellen Bedürfnissen von alt und jung.

Nicht nur Ökonominen, sondern auch kritische Ökonomen werfen ihrer Fachdisziplin inzwischen manchmal Autismus vor. Der neoklassische ökonomische Mainstream hat übersehen, dass eine lebensfreundliche Wirtschaft nicht nur aus der Herstellung und der Nutzung von Gegenständen besteht. Viele, vor allem wachstumskritische Stimmen halten das Sozialprodukt als Gradmesser von Wohlstand und Wohlergehen inzwischen für überholt.

Die Wirtschafts- und Finanzkrise der Gegenwart fordert uns dazu heraus, ‚das System‘ in Augenschein zu nehmen, statt lediglich an Symptomen herumzubasteln. Wo immer zur Bekämpfung der Krise von den Regierungen Konjunkturpakete geschnürt worden sind, haben sich Lobbygruppen aus feministischen Ökonominen und Frauenorganisationen gebildet. Sie wollen verhindern, dass die Care-Ökonomie unter verschärften Bedingungen erneut zur Stabilisierung eines natur- und menschenfeindlichen Systems in die Pflicht genommen wird.

Nicht von ungefähr gehören Frauengruppen aus dem Bereich Entwicklungshilfe zur Vorhut derjenigen, die Räume schaffen möchten für eine andere Wirtschaftsform. Zwar ist ihr Leitziel die Vermeidung von Armut und Naturzerstörung, doch wollen sie nicht in erster Linie umverteilen oder die sog. Realwirtschaft ankurbeln. Ihre Kritik reicht über den Horizont des neoklassischen/neoliberalen Wirtschaftsmodells weit hinaus. Sie durchleuchten die Eingeweide einer Wirtschaftsform, die sich zwischen Produktion und Konsum der Mehrung

materiellen Reichtums verschrieben hat, auch wenn sich reale Lebensbedingungen dabei verschlechtern.

Beispielhaft ist für mich ein Positionspapier aus den Vereinten Nationen vom April 2009¹⁰, das die Wirtschafts- und Finanzkrise zum Anlass nimmt, Visionen für eine menschenfreundlichere Welt zu entwickeln. Die Expertinnen distanzieren sich von einem Modell, das zwischen Überproduktion und Vergeudung die soziale Reproduktion aus den Augen verloren hat. Menschenrechte und Geschlechtergerechtigkeit werden an den

Rand gedrängt, wenn nicht sowohl Nationalstaaten als auch internationale

Organisationen Maßnahmen ergreifen, um kleinräumige Lebenswelten abzuschirmen gegenüber der Willkür der globalen Geld- und Gütermärkte. Neben der Care-Ökonomie geht es ihnen auch um die kleinbäuerliche Landwirtschaft in Entwicklungsländern, die in großem Maßstab zur Ernährungssicherheit beiträgt.

Der Schein trügt, wenn unsere Medien gegenwärtig berichten, die Weltwirtschaft kehre schneller als erwartet zur Normalität zurück. Das westliche Wohlstandsmodell ist in vielerlei Hinsicht nicht zukunftsfähig. Gerade Frauen sollten nicht davon ausgehen wollen, dass alles so weitergeht wie bisher.

¹⁰ Women's Working Group on Financing for Development (WWG on FfD): Positionspapier 27. April 2009 (<http://www.ituc-csi.org/women-s-working-group-on-financing,4007.html>)

Investieren Frauen anders?

(Wörtlicher Abdruck des Vortrages in gekürzter Fassung)

Ja, und auch besser. Sie gehen strategischer ran, denn sie sind nicht so risikofreudig, überlegter, informieren sich mehr, wenn sie sich mit diesem Thema befassen und beschäftigen.

Insgesamt sind Frauen besser. Sie holen mehr Rendite raus, weil sie den Strategien treu bleiben und nicht so springen. Männer fragen mich immer wieder: "Wie viel Rendite kriege ich denn da raus?". Das fragen Frauen auch, aber sie fragen mehr nach Inhalten. Zum Beispiel: Was ist da drin? Warum, wieso, weshalb?". Oft ist es mehr ethisch-ökologisch, weil Frauen die Verantwortung für sich und die Kinder haben.

Frauen sind die besseren Anlegerinnen

- **Studie der DAB:** Frauen schlagen Männer um 6 Prozent
- **Wissen:** Frauen überlegen intensiver und folgen ExpertInnenrat
- **Risiko:** Frauen achten auf ein ausgewogenes Portfolio – symmetrisches Chance-Risiko-Verhältnis (anders bei Männern)
- **Treue:** Frauen halten Geldanlagen länger
- **Verantwortung:** für sich selbst, Familie, nachfolgende Generationen

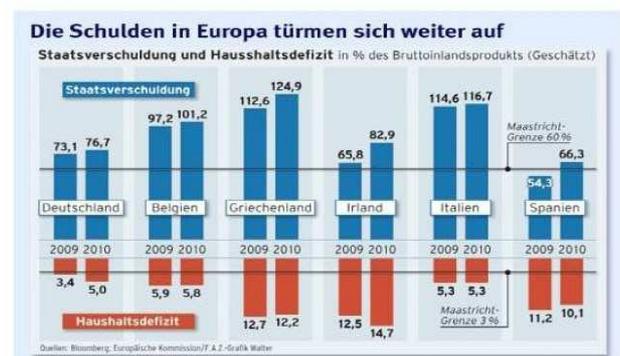
Das Jahr 2010 war geprägt von guten Zahlen, guter Stimmung und guten Geldanlagen. Wir haben demnächst wieder einen Aufschwung, obwohl es momentan immer wieder einen gravierenden Spannungsbogen zwischen Inflation und Deflation gibt und die Inflationsangst nach wie vor da ist.

Was gibt es für Auswege aus der Überschuldungskrise? Möglichkeiten wären ein Staatsbankrott oder Ausgabenenkungen. Schon jetzt, werden überall in der Regierung, zum Leidwesen vieler, Leistungen zusammengestrichen.



Ulrike Schalow absolvierte eine juristische Ausbildung. 1999 begann sie ein Abendstudium zur PR-Beraterin. Im Jahr darauf folgte eine Weiterbildung zur Eventmanagerin und 2005 zur Versicherungskauffrau. Im Jahr 2009 absolvierte sie den NLP-Master (DVNLP). Zur Zeit macht sie eine Ausbildung zum BVDT-Businesscoach. Seit 20 Jahren ist Frau Schalow als Consultant in verschiedenen Bereichen (Öffentlichkeitsarbeit im Profit und Non-Profitbereich, Personalentwicklung & -beschaffung, Strategieberatung & Coaching) tätig. Seit 6 Jahren ist sie auf Unternehmerinnen & Frauen im Bereich Finanzdienstleistung spezialisiert. Im Jahr 2009 wurde sie Niederlassungsleiterin in Hamburg von Svea Kuschel + Kolleginnen Finanzdienstleistungen für Frauen GmbH. Zudem ist sie ehrenamtliche Mentorin in Hamburg für Frauenspezifische Themen.

Europas Schulden



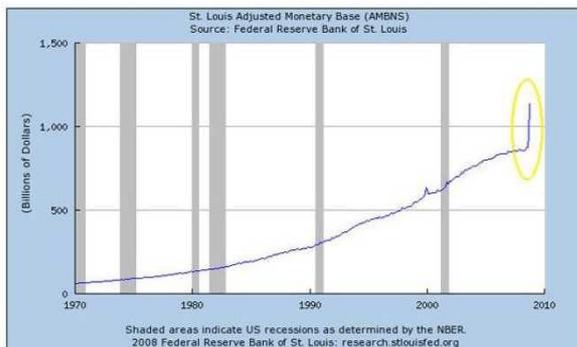
Auch Steuererhöhungen stellen eine Möglichkeit dar. Ich denke, dass die Mehrwertsteuererhöhung kommen wird.

Heutzutage ist nichts gerecht und das müssen Frauen auch akzeptieren und damit lernen zu leben. Möglich wäre es auch neues Geld zu drucken. Aber es ist fraglich, ob das etwas bringt.

Natürlich hoffen wir alle auf das Wirtschaftswachstum im nächsten Jahr und dass es so kommt, wie es uns jetzt angepriesen wird.

Ein anderes Problem ist die Inflation. Die USA, auf die wir immer gerne schauen, haben die Geldmengen erhöht. Aber ob das eine langfristige Lösung ist? In Amerika geht es trotzdem momentan aufwärts.

USA: Veränderung der Geldmenge



Womit muss bei der Inflation gerechnet werden? Was ist zu tun? Gibt es tatsächlich noch sichere Renditen? Eine Neuausrichtung ist wichtig. Und Sie müssen bei einer Inflation von beispielsweise zwei Prozent beachten, dass wenn Sie 4.000 Euro zum Leben benötigen und heute vierzig Jahre alt sind, Sie mit 67 Jahren schon 6.830 Euro brauchen. Das machen sich die wenigsten wirklich bewusst.

So wirkt die Inflation von 2 Prozent, wenn Sie heute 4.000 Euro zum Leben brauchen

Sie sind 40 Jahre alt.

Mit 67 → 6.830 Euro.

Oder eben nur 2.340 Euro ...

Sie sind 50 Jahre alt.

Mit 67 → 5.600 Euro

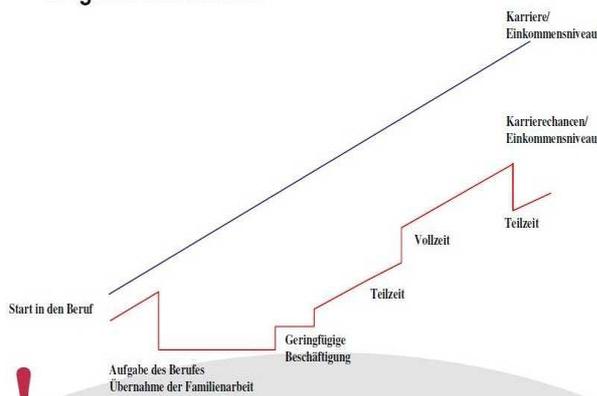
Oder eben nur 2.860 Euro ...

Dies ist auch ein Problem, wenn ich die Renten ausrechne. Frauen sind erschüttert, wenn ich aus ihren derzeitigen Bescheinigungen der gesetzlichen Rentenversicherung hochrechne, was ihnen später tatsächlich bleibt. Wichtig ist, dass Sie die Inflationsrate und die Möglichkeit von steigenden Steuern immer mit einkalkulieren müssen. Renten müssen immer mehr versteuert werden sowie Geld, das Sie nebenbei besitzen. Das gesamte Vermögen wird zusammen gerechnet. Wenn Sie jetzt fünfzig Jahre alt sind, benötigen Sie mit siebenundsechzig, 5.600€. Das ist manchmal schon ziemlich erschreckend. Frauen droht nach wie vor eine ganz massive Altersarmut. Wer jetzt schon Rentnerin ist und eine Rente bezieht, steht meistens gut da, obwohl die Rente nicht so hoch ist. Die Durchschnittsrente der deutschen Frauen liegt zwischen 560 und 700 Euro. Das ist nicht wirklich viel. Männer haben einen höheren Rentenanspruch. Die Altersarmut hat aber auch noch viele andere Gründe. Früher war das alles ein bisschen anders, da hatten die Männer auch noch mehr das Sagen. Es liegt aber auch oft an der Einstellung, und das erschreckt mich manches Mal, auch bei jüngeren Frauen.

Die Einstellung zum Geld ist immer so eine Sache. Manche Frauen haben Angst vorm Geld, außer wenn sie Shoppen gehen. Aber das ist mir eigentlich zu pauschal. Ich bin schon froh um jede Frau, die wirklich den Weg zu uns findet, die

sich damit auseinandersetzt und sagt, ja, das muss ich jetzt selber für mich einfach in Angriff nehmen und mich beraten lassen. Auch muss die Lebenswirklichkeit beachtet werden. Frauen leben statistisch gesehen, länger als Männer. Mädchen, die heutzutage geboren werden, haben eine Lebenserwartung von hundert Jahren, das darf nicht vergessen werden. Auch unsere Medizin sowie die Vorsorge sind und werden besser, zudem achten wir normalerweise mehr auf uns selber, auf unsere Gesundheit und gehen zum Sport. Nach wie vor ist es aber leider so, dass sehr wenige Frauen ein eigenes und auch durchgängiges Einkommen haben. Die Damen, die früher in der DDR gearbeitet haben, für sie war es selbstverständlich, dass Frauen arbeiten. Aber im Westen war das nicht so, da gab es nicht die Versorgungsplätze für die Kinder, die Krippen und dergleichen. Da fangen wir jetzt erst wieder mit an. Bloß heutzutage führt eigentlich kein Weg dran vorbei, dass Frau arbeitet und auch für sich selber mit sorgt.

Biografie von Frauen



Hinzu kommt auch die neue Rechtsprechung. Das Versorgungsprinzip Ehe funktioniert nicht mehr wie früher. Ich rate wirklich heutzutage jeder Frau einen Ehevertrag zu schließen, darauf zu achten, welche Güterrechtsform sie dementsprechend wählen. Anders ist auch die Arbeitswelt von Frauen. 71% aller

atypischen Beschäftigungsverhältnisse werden laut Bundesamt von Frauen besetzt. Die Einkommensschere liegt nach wie vor bei 23%. Das gesetzliche Rentenniveau sinkt auf 43%. Es wird immer weniger und die Steuern steigen. Was Frauen sehr wenig haben, sind betriebliche Altersvorsorgen. Arbeitnehmerinnen müssen als erstes an die betriebliche Altersvorsorge denken, da diese aus dem Brutto- und nicht aus dem Nettogehalt bezahlt wird. Alles andere sollte bitte erst danach kommen. Nach Möglichkeit sollten die geförderten Sachen, die wir in Deutschland haben, genutzt werden. Auch wenn der Riester rauf und runter zerredet worden ist, weil es einfach in der Abwicklung so wahnsinnig kompliziert war. Jede Frau, die im Angestelltenverhältnis und verheiratet ist mit einem Mann, der auch im Angestelltenverhältnis arbeitet, sollte auf jeden Fall einen Riestervertrag haben, weil der für Frauen flexibel ist. Er ist gar nicht so schlecht, wie er immer dargestellt wird. Er ist ein bisschen verändert worden. Sie haben dort die Möglichkeit sich schon mit Kleinstbeträgen etwas aufzubauen. Auch wissen wenige, dass sie im Minijob, dem Frauen leider ganz oft nachgehen, lieber einen 400-Euro-Job, anstatt einen 401-Euro-Job nehmen sollten, weil sie schon arbeitslos versichert sind, eine Rentenversicherung haben und sich ein paar Punkte sichern. Bei dem Riestervertrag bekommen die Anleger die Zulage vom Staat dazu, junge Frauen, Jungstarterinnen sogar dreihundert Euro. Wer Kinder hat, bekommt auch noch eine Kinderzulage (154 Euro) dazu.

Bei der vorletzten Fußballweltmeisterschaft hat der Gesetzgeber einiges an Leistungen gestrichen, den Wenigsten ist das aufgefallen: es gab Einschränkungen für die Witwenrenten und auch das Kindergeld wird nur noch bis

zum 25. Lebensjahr gezahlt (vorher 27 Jahre). Im Durchschnitt liegt die Witwenrente in Deutschland bei 530 Euro.

Frauen leben länger, aber wovon? Das ist ein alter Spruch, im Grunde aber ist er immer noch aktuell. Frauen kümmern sich oft erst mit Ende dreißig, Anfang vierzig, wenn die Kinder aus dem Größten raus sind, um sich selbst. Männer machen das früher. Sie haben auch ihre betrieblichen Altersvorsorgen früher. Frauen ziehen die Kinder groß, dann machen sie etwas für sich, dann kommen ganz oft die Eltern, die auf einmal alt sind und die gepflegt werden müssen. Die Konsequenz ist, dass viele Frauen in Teilzeit gehen, damit sie das leisten können, die Eltern zu pflegen, weil sie sie nicht ins Pflegeheim geben wollen oder es sich auch nicht leisten können. Auch das Thema Pflege ist in Zukunft wichtig für uns, denn auch die Kassen haben finanzielle Schwierigkeiten. Da stellen wir uns manches Mal die Frage, sind Frauen naiv? Frauen verlassen sich nach wie vor, zu sehr auf den Partner, zu sehr auf die Vorsorge. Viele Frauen wissen heutzutage immer noch nicht, was sie bekommen, wenn sie in den Ruhestand gehen.

Wovon leben Sie tatsächlich später? Wir empfehlen immer den Vermögensplan nach dem Stufenbrunnen. Im Grunde genommen sollte jede Frau aber auch jeder Mann eine Reserve haben. Es gibt kurzfristige Finanzplanungen, die ein bis zwei Nettomonatsgehälter umfassen. Bei der mittelfristigen sollte es möglich sein über ein Jahreseinkommen zu verfügen. Die langfristige Planung umfasst die Altersvorsorge. Im ländlichen Bereich kann dies von der Planung in den Ballungszentren abweichen. Das heißt je mehr die Menschen verdienen, umso größer ist manches Mal später im Leben ihre Alterslücke. Sie denken, weil sie bis

zur Beitragsbemessungsgrenze den Höchstsatz eingezahlt haben, reicht dies aus. Jedoch haben sie dabei ihren Lebensstandard vergessen, den sie auch im Alter behalten wollen. Hierfür muss entsprechend gespart werden.

Woher kommt denn mein Geld, wenn ich krank werde, wer übernimmt die Kosten? Die gesetzliche Krankenversicherung, vollkommen klar. Selbstständige müssen ganz anders rangehen. Aber auch bei den Angestellten, wer übernimmt denn die Kosten, wenn ich richtig lange krank werde, ein halbes Jahr oder dergleichen? Wer übernimmt die Kosten, wenn ich berufsunfähig werde? Das ist zum Beispiel nach der betrieblichen Altersvorsorge für junge Menschen die allerwichtigste Versicherung, eine Berufsunfähigkeitsversicherung. Sie kommen erst mal noch gar nicht in das Rentenalter, sie haben ja noch keine Ansprüche. Wer zahlt, woher bekomme ich Geld, wenn ich aus dem Berufsleben aussteige? Klar, die gesetzliche Rentenversicherung. Aber es ist ja nicht bei allen so. Die Lösung bei langer Krankheit: Krankenversicherung, Krankentagegeldversicherung. Bei Unternehmerinnen entspricht es dem was sie bereit sind zu investieren. Es gibt die Möglichkeit, das Krankengeld nach vier Tagen einsetzen zu lassen, das ist natürlich eine Frage der zur Verfügung stehenden Reserven. Je später der Schutz einsetzt für die Selbständigen, desto geringer ist natürlich der Beitrag. Und für Frauen sind alle Versicherungen teurer, das ist bekannt.

Wenn Sie berufsunfähig werden, gibt es die Erwerbsminderungsrente. Jedoch müssen Sie dort die letzten fünf Jahre mindestens drei Jahre lang eingezahlt haben, damit Sie überhaupt einen Anspruch haben. Es gibt noch eine Grund-

fähigkeitsversicherung, weil sehr viele Frauen nicht mehr berufsunfähig versicherbar sind. Sobald Sie in psychologischer Behandlung waren oder eine Therapie gemacht haben oder dergleichen, müssen Sie bei den Gesundheitsfragen angeben, was Sie in den letzten fünf Jahren, teilweise jetzt sogar in den letzten zehn Jahren, gemacht haben. Das ist ein Ausschlusskriterium. Wenn Sie vorher nichts gehabt haben und einmal drin sind, dann herzlichen Glückwunsch. Wenn Sie nicht mehr reinkommen, werden bei der Grundfähigkeitsversicherung nur einzelne Risiken abgesichert, zum Beispiel dass bei Verlust der Sehfähigkeit eine bestimmte Versicherungssumme ausgezahlt wird.

Eine gute Versicherung ist die „Druid Disease Police“. Die wenigsten kennen diese Versicherung. Wenn Sie nämlich bei den anderen aufgrund der Gesundheitsfragen nicht mehr unterkommen können, werden dort ganz bestimmte Krankheitsrisiken versichert. Zum Beispiel ist der Herzinfarkt abgesichert, Krebserkrankungen, Bypass-Operationen, Herzklappen-Operationen oder der Verlust von Gliedmaßen.

Aber was passiert, wenn Sie eventuell noch keinen Anspruch darauf haben, weil Sie in den letzten fünf Jahren nicht drei Jahre lang eingezahlt haben? Dann bekommen Sie keine Erwerbsminderungsrente.

Warum reagieren die Gesellschaften heutzutage so empfindlich? Viele Berufsunfähigkeiten sind heute auf Burn out zurückzuführen. Burn out ist ein Thema, das heutzutage immer mehr an Bedeutung gewinnt. Die Informationsflut steigt: Handy, Internet, E-Mails. Jeder hat sein Handy oder auch zwei irgendwo in der Tasche. Die Informationsflut nimmt

immer mehr zu.

Fragen Sie sich bitte auch, wer zahlt für mich, wenn ich ein Pflegefall werde?

Wer kümmert sich dann um mich? Das Versorgungsprinzip der Großfamilie, das wir früher hatten, dass unsere Kinder uns tatsächlich pflegen werden, funktioniert nicht mehr. Und wenn die Babyboomjahre demnächst kommen, wird das noch schlimmer und die Pflegeheime werden voller. Den Ernstfall, dass Sie pflegebedürftig werden, können Sie absichern. Hierzu haben Sie die Möglichkeit zwischen Pfl egetagegeld, Pflegeversicherung oder Pflegerente. Ich rate ganz klar zum Pfl egetagegeld, das ist das Sinnvollste. Hierbei bekommen Sie circa fünfzehnhundert Euro vom Staat. Tendenz momentan dreitausend Euro bis dreieinhalbtausend Euro für einen Pflegeplatz bei der Pflegestufe drei. Das wird nicht mehr lange so gehen. Und es kommt natürlich immer noch darauf an, in welches Pflegeheim Sie möchten.

Die Rürup-Rente ist im Grunde genommen die Unternehmerrente oder die Rente für die Besserverdienenden, so wie die Riesterreute die geförderte Rente für die Arbeitnehmer ist. Rürup hat seine Vor- und Nachteile. Im Grunde ist es ein Steuermodell. Natürlich gibt es auch Nachteile, einer wäre, dass Sie diese Rürup-Versicherung nicht vererben können. Sie hat aber einen enormen Vorteil, gerade für die Selbständigen. Sie ist Hartz IV sicher und vor dem Unternehmer selber sicher. Denn viele UnternehmerInnen lösen, sobald ein Liquiditätsengpass auftritt, Altersvorsorgen auf, um das Unternehmen zu retten, da einem die Banken nicht mehr so freundlich zugewandt sind. An die Rürup-Versicherung jedoch kommen sie nicht ran, und das ist der Vorteil, weil Sie hierbei wirklich etwas für Ihre Altersvorsorge tun.



Natürlich haben Sie auch die freie Wahl, da die Förderquote gut ist. Für Unternehmer ist die Rürup-Versicherung ein tolles Modell, die sich schon mit einem kleinen rätierlichen Beitrag im Monat lohnt. Und wenn Sie sich am Jahresende mit dem Steuerberater zusammensetzen, nachfragen: „Wie ist denn mein Jahr gewesen, was müsste ich 2011 zum Beispiel an Steuern zahlen für das Jahr 2010?“ Wenn dann noch liquide Mittel zur Verfügung stehen, ist es möglich in diesen Vertrag noch einmal etwas einzuzahlen.

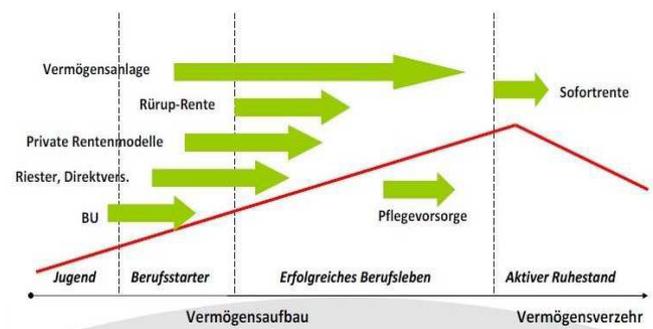
Zu bedenken ist des Weiteren, dass wir im Alter noch Steuern zu zahlen haben. Ab 2040 sind Ihre Renten zu 100% zu versteuern.

Die gesetzliche Rente wird immer mehr gekürzt, falls Erhöhungen kommen, werden diese moderat ausfallen. Die berufsständigen Versorgungswerke, die sind nicht schlecht, bloß halten sie nicht mehr das, was sie ursprünglich gedacht haben. Sie haben nämlich teilweise ihre Rückdeckungen nach den alten Sterbetafeln kalkuliert. Und da unsere Lebenserwartung steigt, reichen die finanziellen Mittel dort auch nicht mehr. Zudem sind die Kapitalmärkte angeschlagen und wir sind noch nicht raus aus der Krise. Und das Rentenniveau sinkt einfach. Je früher Sie anfangen und kontinuierlich etwas sparen, können Sie auch mit kleinen Beiträgen schon eine vernünftige Rente aufbauen.

Wann sollte klugerweise was gemacht werden? Wenn Sie anfangen beginnt der Vermögensaufbau. Jugend und Berufsstarter müssen an die Berufsunfähigkeitsversicherung denken. Später, im Berufsleben folgen die Pflegeversicherung sowie Riester und Direktversicherungen. Jedoch sollten Sie immer erst die betriebliche Altersvorsorge berücksichtigen und danach erst an die

Riesterrente denken. Denn die Betriebliche Altersversorgung bezahlen Sie aus dem Bruttoverdienst alles andere muss aus dem Nettoeinkommen bedient werden. Erst danach kann an zusätzliche Vermögensanlagen gedacht werden.

Wann macht man klugerweise was?



Sind unsere Versicherungen sicher?

Wir haben schon so einiges erlebt. Dass Versicherungen geschluckt werden oder/und immer größer werden. Die Hamburg Mannheimer, beispielsweise, gibt es nicht mehr. Die gehört jetzt zum Ergo-Konzern. Ist das schlimm für Sie als Kundin? Es ist undurchschaubar, aber im Grunde genommen ist es für Sie besser, denn je größer die Versicherungen sind, desto mehr Geld haben sie auch, um etwas anzulegen. Ob Sie nun zehntausend Euro oder zehn Millionen Euro anlegen, kriegen Sie immer ein bisschen mehr, weil Sie ganz andere Konditionen haben und es dementsprechend kontrolliert wird. Es ist somit gar nicht schlimm, wenn die Großkonzerne existieren. Gehen Sie bitte bloß nicht zu den kleinen Unternehmen, weil da die Gefahr größer ist. Allerdings sollte nicht allein die Steuerfrage die Entscheidung beeinflussen, welche Form der Zusatzrente Sie wählen, denn bei Direktversicherung und betrieblichen Altersvorsorgen muss auch der Krankenkassenbeitrag gezahlt werden. Wo Sie

geringere Abzüge haben, ist bei der privaten Rentenversicherung, die muss nur mit achtzehn Prozent versteuert werden. Dies ist auch bei Wertpapieren und Fonds der Fall. Meine Empfehlung ist deshalb: streuen Sie! Tun Sie sich auch selbst einen Gefallen und nehmen Sie Abstand von Sparbüchern. Ich weiß nicht, wer von Ihnen tatsächlich noch ein Sparbuch hat, ich hoffe, keine mehr, weil Sie sich da definitiv arm sparen.

Börse und Aktien? Für viele Frauen ist dieser Bereich abschreckend. Was sollte gekauft werden, Einzelaktien oder eher Fonds? Sowohl als auch würde ich sagen, es bleibt aber immer eine Einzelfallentscheidung. Wenn Sie auf diesem Gebiet wirklich fit sind, dann kaufen Sie auch Aktien.

Es gibt verschiedene Phasen an der Börse. Vermutlich sind wir in der Phase zwei: langsam in der Erholung. Wir werden alle wieder ein bisschen optimistischer. Deutlich wird dies auch an den steigenden Investitionen und daran, dass die Leute wieder einkaufen gehen. Die kurzfristigen Zinsen sind nach wie vor unten im Keller. Wir raten wirklich immer zu streuen.

Entscheiden Sie sich für eine Strategie und dann bleiben Sie dabei. Es gibt natürlich verschiedene Möglichkeiten. Ein gemanagter Fond (z.B. MSC World) ist während der Krisenzeit 2008/2009 wertmäßig auch ein bisschen runtergegangen, aber dadurch, dass er aktiv gemanagt wird, hat er über einen langen Zeitraum, zum Beispiel über zwanzig Jahre, immer noch eine Rendite von 4,7 % und über fünfundzwanzig Jahre sogar von 5,2%. Das gibt es sonst nicht. Aber da darf bitte nicht alles rein, wie immer auch hier die Devise: Stückeln und Streuen, mit den Beträgen, die für die Einzelne passend sind, und dann lassen Sie das Geld für sich arbeiten. Genauso beim Inflationsschutz, da gibt es mittlerweile Möglichkeiten: inflationsgeschützte Anleihen. Die werden in Deutschland, hauptsächlich in Bundesanleihen angeboten, die unter zwei Prozent liegen. Das darf eigentlich gar nicht gesagt werden. Unter zwei Prozent gibt es für zehn Jahre, das ist verdammt traurig. Aber nichtsdestotrotz gibt es Möglichkeiten. Streuen, splitten Sie es einfach. Und in diesem Marktsegment erst Anlagen tätigen, wenn Sie die anderen Dinge für sich geregelt und abgesichert haben.

Die Finanzkrise aus Frauensicht- eine andere Ökonomie ist nötig!

(Wörtlicher Abdruck des Vortrages in gekürzter Fassung.)

Sehr verehrte Damen,

bevor ich mit meinen Ausführungen zu dem Thema „die Finanzkrise und kein Ende“ beginne, möchte ich mich zunächst bei dem Deutschen Frauenring ganz herzlich für die Einladung und der damit verbundenen Möglichkeit hier und heute zu Ihnen sprechen zu können, bedanken.

Einführung in das Thema

Meinen Ausführungen zu diesem wichtigen Thema stelle ich die These voran: *„Die Männer spielen in der Finanzpolitik auf der Machtklavatur und die meisten Frauen sitzen nur im Publikum.“*

Diese Perspektive habe ich jetzt an folgenden Punkten aufgenommen, das eine ist "Who rules the world"? Wer sitzt denn in den Entscheidungspositionen? Aber es geht auch darum, nicht nur wer hat diese ganzen Entscheidungen getroffen, sondern wer arbeitet denn jetzt mit an einer neuen Vision von Wirtschaft? Es gibt ja progressive Gruppen, wie beispielsweise die Stiglitz-Kommission, die wirklich gute Arbeit leisten und die auch gute Ansätze hervorbringen, aber die auch on Board nur zwei Frauen haben, und die Geschlechterperspektive taucht dort marginal auf. Das heißt, die ganzen Veranstaltungen, die jetzt stattfinden, oder auch die Besetzung von Stellen, die sich mit einer Transformation im wirtschaftspolitischen Diskurs bemühen, sind weiterhin männlich. Ich hoffe, nach diesem Vortrag wird es ein bisschen weiblicher werden.



Deborah Ruggieri studierte Kulturwissenschaften, Politikwissenschaften, Kunstgeschichte, MA an der Humboldt Universität zu Berlin. Sie ist Mitglied im Rat von Attac Deutschland, Amnesty International, Greenpeace und im Arbeitskreis Geschlecht und Politik in der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft Von 2009 bis 2010 hatte sie die Projektleitung der Frauenkompetenz in der Finanzkrise von Attac in Deutschland. Seit April 2010 ist Frau Ruggieri selbstständig im Bereich der Beratung/Consulting, Politik, Coaching, Gleichstellung, Wissenschaft, Erneuerbare Energiequellen & Umwelt, Wirtschaftspolitik.

Das andere sind die Verteilungsmechanismen. Ganz oft wird das vergessen: Steuerpolitik ist Verteilungspolitik. Ich als Selbständige, ich kenne meine Steuerlast. Ich weiß, was ich alles zu bezahlen habe, und ich bezahle gerne dafür, dass Kinder richtig versorgt werden, dass wir sozialen Ausgleich haben und alles. Aber ich zahle nicht so gern dafür, dass sogenannte systemrelevante Unternehmen und Banken mit meinem Steuergeld finanziert werden und gerettet werden, wo es noch nicht mal parlamentarische Transparenz darüber gibt. Das heißt, die Verteilungsmechanismen anhand von Steuerpolitik

müssen noch mal hinterfragt werden.

Und das Nächste ist natürlich Einkommen und Vermögen. Und Sie kennen wahrscheinlich diese eine Berechnung, die die Verteilung des Vermögens auf der Welt anhand des Geschlechts benennt. Ein Prozent des weltweiten Vermögens und zehn Prozent des Landbesitzes sind im Besitz von Frauen, jedoch erwirtschaften Frauen siebenzig Prozent des Bruttosozialproduktes der ganzen Welt. Aus einer Geschlechterperspektive kommt hier die Verteilungsfrage noch mal in den Mittelpunkt.

Warum das so ist und welche Rolle das Geschlecht in der Finanzkrise spielte möchte, werde ich anhand von folgenden „Spotlights“ ausführen:

1. Die Kategorie Geschlecht in der Finanzkrise
2. Transformation des wirtschaftspolitischen Diskurs
3. Eine alte/neue Frage: Geldpolitik ist Machtpolitik
4. Die politischen Antworten auf die Krise aus der Geschlechterperspektive
5. Schlussfolgerungen/Forderungen

Ehe ich auf bestimmte Einzelheiten der Transformation in der internationalen Finanz- und Wirtschaftspolitik mit einer Geschlechterperspektive zu sprechen komme, möchte ich zunächst auf die mediale Thematisierung von Geschlecht in der Finanzkrise eingehen.

Die Kategorie Geschlecht in der Finanzkrise

Im Verlauf des von mir geleiteten Projekts „Frauenkompetenz in der Finanzkrise“ (gefördert von Attac Deutschland und dem Bundesministerium für Familie, Senioren,

Frauen und Jugend) wurden dort regelmäßig Pressespiegel im Zusammenhang mit der Thematisierung von Geschlecht und Finanzkrise erstellt. Weiter gehend habe ich für meinen Beitrag für die 5th annual conference of the Green Economics Institute in Oxford zu dem Thema „gender aspects and impacts of the financial and economic crisis.“ die wichtigsten internationalen Themenstränge zu diesem Thema in den Medien analysiert und zusammen gefasst.

Grob gebündelt: das Thema Geschlecht und Finanzmärkte wurde nur marginal besprochen, wobei Nebenschauplätze wie die Frage „ob zu viel Testosteron“ schuld ist an der Finanzkrise im Verhältnis zu systemrelevanten Fragen öfter diskutiert wurden.

Eine der wichtigen Fragen, die die Krise, die dazugehörige Politik erklären und auch einen geschlechterpolitischen Aspekt beinhalten, ist die Transformation im wirtschaftspolitischen Denken in den letzten drei Dekaden:

Transformation des wirtschaftspolitischen Diskurs

In den letzten dreißig Jahren hat eine große Transformation stattgefunden bezüglich der Finanzmarktpolitik oder Finanzmarktarchitektur. Eine zunehmende Liberalisierung und Deregulierung hat zu einer Entfesselung der Finanzmärkte geführt- mit hohem Risiko. Dabei hätte man es besser wissen müssen. Allein schon aus der Historie der größten Finanzmarktkrise des 20. Jahrhunderts.

Der Zusammenbruch des Finanzsystems in den 30er Jahren. Die Reaktionen reichten von der massiven Umverteilungspolitik innerhalb des New Deals von Roosevelt, wobei beispielsweise die Einkommenssteuerlast für Vermögende

auf knapp 80% hoch gesetzt wurde bis zur Installation des Bretton Woods Systems nach dem zweiten Weltkrieg. Währungsschwankungen wurden mit einer Goldpreisbindung gekoppelt, usw. Und diese ganzen Regulierungen sind nach und nach in den letzten wirklich dreißig Jahren verändert worden. Hinzu kam, dass in den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts eine Überproduktionskrise stattfand, der Markt war gesättigt eine Investition in die Produktion war nicht mehr lohnend. Mittlerweile ist es so, dass es für Unternehmen viel gewinnbringender ist, ihr Geld, das sie erwirtschaften, auf den Finanzmärkten anzulegen, das Geld für sich arbeiten zu lassen. Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen, Geld arbeitet und erwirtschaftet Renditen.

„Es ist der „Druck der Anleger!“, deren Finanzvermögen immer weiter zunimmt und Renditen erwartet. Diese auf dem traditionellen Weg der Produktion von Wert und Mehrwert zu erzielen wird immer schwieriger, **weil die produktiven Investitionsmöglichkeiten langsamer wachsen als das Finanzvermögen**. In dieser Lage bieten sich die Finanzinvestoren als Dienstleister an, die versprechen, das Finanzvermögen gewinnbringend anzulegen. Sie konkurrieren um das Geld der Eigentümer dieser Vermögen, und sie sind umso erfolgreicher, je höhere Renditen sie beschaffen.“

Quelle: Jenseits von Gier und Größenwahn – Falsche Verteilung und Privatisierung führen in die Finanzkrise Jörg Hufschmidt (10.2.2009) Für: FR v. 25.2.2009

Nach diesem Zitat von Jörg Hufschmidt lohnt es sich viel mehr, Vermögen weiter im Wert zu steigern, das Geld auf den Finanzmärkten anzulegen, weil so viel Gewinn kann durch eine Investition in eine reelle Produktion nicht mehr gemacht werden. Dies muss in meinen Augen dringend reguliert werden. Es geht hier nicht nur um 25%, es gibt auch Hebel-effekte aus der Spekulation mit Kreditaufnahmen, dort werden Gewinne oder Renditen mit hohem Risiko erwirtschaftet, bis zu 49%. Das ist der absolute Wahnsinn.

Zu dieser Transformation gehört auch die Veränderung im wirtschaftspolitischen

Denken. In den letzten dreißig Jahren hat sich zunehmend die neoliberale Ideologie durchgesetzt, verknüpft zusammengefasst: Der Markt regelt alles und der Staat soll sich weitestgehend aus dem Marktgeschehen raushalten. Dahinter steht auch eine bestimmte Vorstellung von Leistung, und zwar in dem Sinne, dass staatliche Interventionen zur Herstellung von sozialem Ausgleich zunehmend im ökonomischen Mainstream an Akzeptanz verloren haben. Dies wurde als „Survival of the Fittest“ propagiert. Die dahinter stehende Theorie kommt aus der neoklassischen Ökonomie. Die Idee ist, dass wir alle egoistische Nutzenmaximierer sind und unser Handeln ungebunden und vollkommen rational umsetzen. Also das ganze menschliche Verhalten findet in diesem Bild des Homo Oeconomicus überhaupt nicht statt. Alle sind eigenständig und vor allen Dingen ganz flexibel und ungebunden. Ausgeklammert sind der gesellschaftliche Kitt und unser Altruismus. Beispielsweise zählt die Wirtschaftswissenschaft zu den Sozialwissenschaften. Und trotzdem wird das Soziale dort durch das Primat der neoklassischen Ökonomie selten mit einbezogen. Die massive Kritik einiger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an der Dominanz der neoklassischen Ökonomie wurde in den vergangenen Jahren selten gehört.

Das Prinzip in der Theorie der neoklassischen Ökonomie geht von einem bestimmten Menschenbild aus, dem des Homo Oeconomicus. Das bedeutet, alles was der Mensch tut, ist berechenbar, alles ist verwertbar. Ein Beispiel hierzu aus den Pflegebereichen oder der Gesundheitspolitik: wir haben nur noch drei Sekunden oder vielleicht drei Millisekunden für den Menschen, ist ja egal wenn er krank ist, wir müssen effizient arbeiten. Also die Ökonomisierung aller Lebensbereiche wird

vorangetrieben. Gerade jetzt nach der Privatisierungswelle in England wird damit geworben, dass der Public Sector, also alles was mit menschlicher Versorgung zu tun hat, der zukünftige Markt ist. Auch Health Care und alle Bereiche, die mit der demographischen Entwicklung zu tun haben, werden für Investoren interessant gemacht. Privatisierungen von Krankenhäusern sind gerade ganz massiv ein Thema.

Ein weiterer Faktor, wie bereits mit dem Beispiel „survival of the fittest“ angedeutet, ist ein zunehmendes Elitedenken, welches impliziert, dass Eliten notwendig sind, Gesellschaften voranzubringen und sich die Besten durchsetzen. Ich kann nur sagen, dass gerade die Frage nach Geschlechtergerechtigkeit genau dieses System auf den Prüfstand stellt. Wir müssen uns damit auseinandersetzen, was hier passiert, wer in den Führungspositionen sitzt, wer die Fäden in der Hand hat. Die Frauen waren noch nie so gut ausgebildet wie jetzt und sitzen trotzdem nicht dort. Das heißt, die Besten gewinnen gar nicht, sondern es sind andere Mechanismen, die sich dort durchsetzen. Dazu gehört es auch sich mit dem Elitediskurs näher zu befassen. Dieser war nach dem 2. Weltkrieg weitestgehend verpönt. In den 60er Jahren wurde der Elitegedanke von Ralf Dahrendorf aufgegriffen. Er hat den früher vorherrschenden und diskreditierten Elitegedanken ein bisschen verändert und gesagt: Warum sollen wir denn Leistung bestrafen, wenn alle chancengleich sind. Das heißt, er hat das etwas sozialer gestaltet, das muss man ihm zugestehen. Er sagte: Wir geben den Menschen die Förderung und die Möglichkeit, dass sie die gleichen Startbedingungen haben, und dann können sich auch die Besten durchsetzen. Seit den 90er Jahren wird der Elitegedanke anders gefasst. Daraus

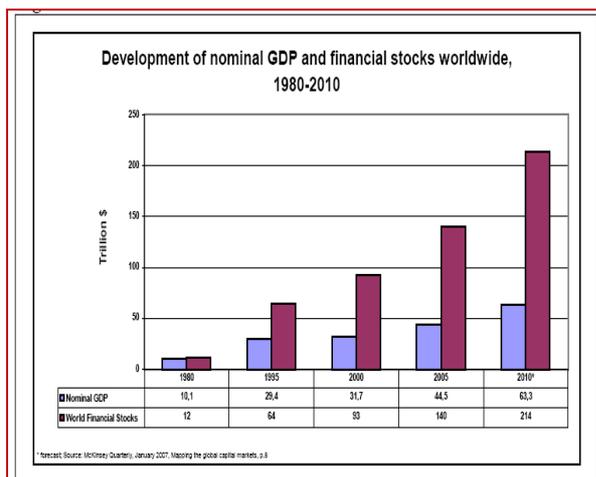
ist dann, mehr oder minder unverhohlenen Sozialdarwinismus pur geworden, dies heißt die Auslese, die Besten setzen sich durch. Aber das sind natürlich Menschen, die ganz andere Zugangsbedingungen haben. Da kann ich den Schriftsteller Pierre Bourdieu empfehlen z.B. *Die feinen Unterschiede* und seine Untersuchungen zu den unterschiedlichen Kapitalformen. Die unterschiedlichen Kapitalformen haben eine Auswirkung auf unsere gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten. Und das werden Frauen vor allen Dingen wissen, die sich mit unterschiedlichen Strukturen auseinandersetzen. Zum Beispiel: Sprache hat eine Codierung, auch eine Distinktionsfunktion. Wir bekommen durch unser familiäres Umfeld, durch die Erziehung und das weitere Umfeld unterschiedliche „Kapitalformen“ (nach Bourdieu) vermittelt. Wir haben dadurch ein bestimmtes kulturelles Kapital und auch ein soziales Kapital, das wir mitbringen. Daraus resultiert, dass unsere Bildung, die wir aus der Familie mitbekommen haben, und aber auch unsere sozialen Netzwerke entscheidenden Einfluss auf unseren gesellschaftlichen Erfolgsaussichten haben. Nicht nur das, Michael Hartmann, Soziologe und Elitenforscher hat herausgefunden, dass die Elitenrekrutierung oft ein ziemlich undurchlässiges System ist, gerade in der Wirtschaftselite. Hier wird oft genug nach „Stallgeruch“ besezt. Und die Netzwerke vor allen Dingen in Entscheidungspositionen sind männlich. Das heißt, dieses Elitedenken ist hinsichtlich der Geschlechterperspektive stark zu hinterfragen. Das bedeutet nicht, dass wir nicht besonders gut sein können und dass Leistung nicht anerkannt werden soll. Es geht aber darum, zu fragen, was ist Leistung? Wie wird die gemessen? Warum ist beispielsweise soziale Arbeit eine geringere Leistung und wer bestimmt, wer

die „Besten“ sind? Hier geht es um Werte, Macht, Zugangsbedingungen und damit verbunden, das Elitendenken dahinter zu hinterfragen.

Eine alte/neue Frage: Geldpolitik ist Machtpolitik

Diese Transformation der wirtschaftspolitischen Ausrichtung inkludiert auch eine Verschiebung der Machtverhältnisse. Mein Lieblingszitat zu diesem Thema: "Sie, die politischen Führungskräfte, müssen wissen, dass Sie zukünftig von den Finanzmärkten kontrolliert werden." Dies ist ein Originalzitat von Hans Tietmeyer auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos aus dem Jahr 2005. Anwesend waren viele Politikerinnen und Politiker, und es gab keinen Widerspruch, sondern Applaus. Das heißt also, diese Mechanismen, die dort stattfinden, sind bekannt. Ich meine mich zu erinnern, dass es bereits 2003 im Handelsblatt einen Artikel von Politikern und Herrn Ackermann gab, der sich mit dem System der Bad Bank befasste. War die Krisenentwicklung also wirklich solch eine Überraschung?

Die Veränderung der Machtverhältnisse wird in der nachfolgenden Grafik deutlich: das weltweite Bruttoinlandsprodukt (hell) im Vergleich zum Finanzvermögen, das überdimensional anstieg:



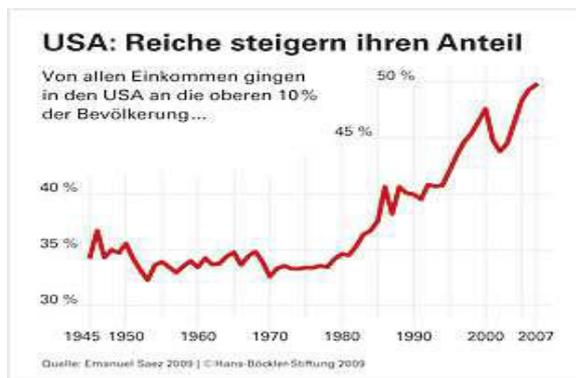
Was wir hier sehen können ist eine Kapitalakkumulation auf den Finanzmärkten im Vergleich zu einer zurückbleibenden Wirtschaftsleistung. Der Finanzsektor fungiert zunehmend als eigenständiger Markt, viele der dort stattfindenden Transaktionen haben kaum noch etwas mit der Realwirtschaft zu tun. Der Finanzsektor hat sich quasi im Laufe der letzten drei Dekaden zunehmend abgekoppelt. Das ist aber nur eine scheinbare Abkopplung, denn wie jetzt in der Krise sichtbar, schlagen sich dortige Krisen auf unser alltägliches Leben nieder.

Es kommt darauf an, was wir aus den jetzigen Erfahrungen lernen, ob wir das regulieren oder nicht. Wenn wir es nicht regulieren, dann passiert so etwas wie die aktuelle Finanzkrise mit verheerenden Auswirkungen. Das heißt, diese Umverteilung von Kapital macht den „Shift of Power“ deutlich und erklärt vielleicht ein bisschen die Erpressbarkeit von Staaten, von Regierungen, die auf einmal ganz massiv losgelaufen sind, um sämtliche Banken oder auch Unternehmen, die sie als systemrelevant eingeschätzt haben, zu retten. Diese ganze Dominanz bedeutet natürlich auch Macht, weil Geld hat immer etwas mit Macht zu tun, und meistens sind Entscheidungspositionen und Geldverhältnisse auch gekoppelt.

Eine der Ursachen: Umverteilung

Wer kann investieren? Joseph Stiglitz, der wird wahrscheinlich jenen bekannt sein, die sich mit Globalisierung auseinandergesetzt haben. Sein größtes Werk oder das meist rezitierte war "Die Schatten der Globalisierung". Dort beschreibt er die negativen Folgen einer ungehemmten Globalisierung, die weder soziale noch ökologische Aspekte in die wirtschaftspolitischen Maßnahmen mit einbezieht.

Er ist Vorsitzender der Stiglitz-Kommission, die übrigens von Sarkozy initiiert worden ist, was sehr interessant ist. Die Stiglitz-Kommission, die untersuchen soll, wie soll unsere zukünftige Wirtschaftsleistung bemessen werden, was sollen wir denn jetzt machen, wie sollen wir das alles verändern?

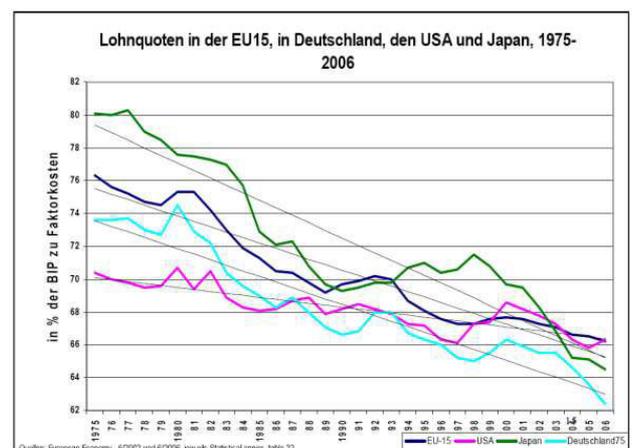


Stiglitz ist auch derjenige, der das Auseinanderdriften von arm und reich als einer der Ursachen der Finanzkrise ausmacht. "Im Ergebnis haben wir Geld von den Armen an die Reichen umverteilt, von Leuten, die das Geld ausgeben würden, an Leute, die es nicht nötig haben, das Geld auszugeben. (Quelle: Joseph Stiglitz: Worauf es ankommt, Ein Jahr nach dem Bankencrash, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 9/2009) Joseph Stiglitz geht genau auf diese Umverteilung von Kapital ein und sagt, dies ist eine der Hauptursachen. Wir kennen das alle, der Mittelstandsbauch wird immer weniger, wird immer kleiner, und das Vermögen an der einen Seite wächst, und das geringe Vermögen, bzw. Verschuldungen an der anderen Seite wächst auch. Gleichzeitig ist der Mittelstand, der einen Großteil der Krise mitträgt, massiv von Abstiegsängsten betroffen. Es gibt ganz tolle Studien vom DIW, die das eindeutig belegen. Und es gibt ein tolles Buch von Ulrike Hermann, die geschrieben hat "Hurra, wir dürfen zahlen", das genau auf diese

Mechanismen eingeht. Und wen interessiert, was das denn überhaupt mit dem Mittelstand und mit der Finanzierung zu tun hat, empfehle ich, dort einfach mal nachzulesen. Ja, Reiche steigern ihren Anteil, und die Boston Consulting Group hat festgestellt, dass die Zahl der Millionäre in der Krise zunächst abgesunken ist aber jetzt wieder höher ist als vor der Krise.

Diese ganzen Entwicklungen führen auch zu der Frage, wer ist für diese ganzen wirtschaftspolitischen Entscheidungen verantwortlich und wer sitzt denn in den Schlüsselpositionen?

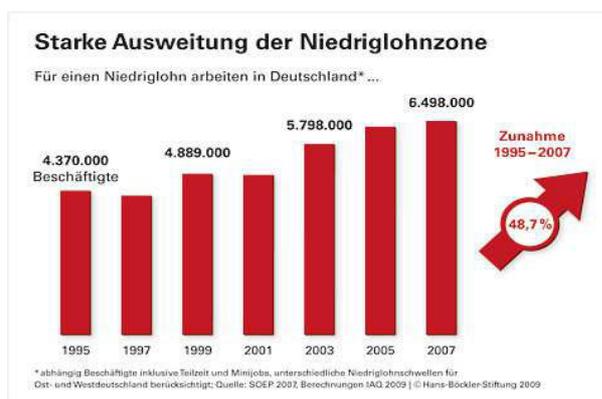
Nach einer Erhebung der Hans-Böckler-Stiftung sitzen in den Führungsgremien europäischer Zentralbanken zu 82% Männer. In den Vorständen, in den Leitungsgremien der zweihundert größten Unternehmen in Deutschland arbeiten einundzwanzig Frauen gegenüber achthundertzweölf Männern, dies ist ein Schnitt von 2,5%. Dabei ist die Gleichberechtigung in unserem Grundgesetz verankert, und es wurde noch erweitert, dass die Bundesregierung sich dazu verpflichtet, alles zu tun, die Gleichberechtigung der Geschlechter überall durchzuführen.



Das Geld ist in Männerhand. Das Finanzvermögen auf den Finanzmärkten

wächst und die Lohnquoten sinken. Wir haben eine massive Ausweitung des Niedriglohnsektors, wir haben eine Erosion von Arbeitsmärkten, was dann auch unter Flexibilisierung genannt wird. Ich bin nicht gegen jede Form von Flexibilisierung, aber bitte doch durchdacht und nicht immer nur zu Gunsten von einzelnen Parteien. Das heißt, diejenigen die betroffen sein sollen von Flexibilisierungsmaßnahmen, von diesen ganzen Handelsmaßnahmen, gehören mit an den Tisch der Entscheidungen.

Ich kämpfe für Träume. „I have a dream“, um da jemanden zu zitieren, sonst würde ich nicht hier stehen und würde nicht so viel Energie darin investieren, Frauen zu mobilisieren, da ein bisschen mehr Dampf zu machen. Zurück zur Veränderung auf den Arbeitsmärkten. Es hat eine starke Ausweitung der Niedriglohnzone stattgefunden. Es wird ja auch, vor allen Dingen im europäischen Kontext, davon geredet, dass immer mehr Frauen arbeiten. Dabei stellt sich die Frage, wo arbeiten sie, was sind das für Arbeitsplätze?



Gucken wir uns das in Deutschland an. Nach einer Analyse der Hans-Böckler-Stiftung gab es von 1995 bis 2007 fast 50% Zunahme in diesem Arbeitsmarktsektor. Und fast 70% dieser Jobs werden von Frauen ausgeübt. Das heißt, über welche Arbeitsplätze reden wir? Ich finde

es interessant, dass in manchen politischen Diskussionen auch über Kombilohn geredet worden ist. Das heißt also, wir kombinieren dann staatliche Leistung als solches, als wenn das ein neues Modell sei. Das haben wir schon. Wir haben so viele AufstockerInnen, d.h. Menschen, die von ihrer Arbeit nicht mehr leben können, und vor allen Dingen Frauen und vor allen Dingen alleinerziehende Frauen. Das ist eine Schande.

Damit hätte ich Ihnen zu den Ursachen auch die Vergleiche in der ökonomischen Verteilung kurz skizziert. Meine Intension war zu sagen, die Geschlechterperspektive in der Verteilung zwischen Arm und Reich vergrößert eigentlich diese Diskrepanzen zwischen Arm und Reich noch mehr, und diese - ich nenne es mal Reichtumsakkumulation - die ist auch primär in männlicher Hand. Eine Studie besagt, dass in Deutschland zu 85% Reichtum in männlicher Hand ist. Das heißt also, diese ganze Form der Ausweitung von den Niedriglohnsektoren (unbezahlte Arbeit ist nicht berücksichtigt, würde das Bild aber eher noch verstärken) ist mit einer Geschlechterperspektive noch doppelt so schlimm.

Die politischen Antworten auf die Krise aus der Geschlechterperspektive

Neben den Auswirkungen der Finanzkrise, der Geschlechterperspektive der Ursachen gilt es auch die politischen Reaktionen auf die Krise genauer anzugucken. Wer zahlt jetzt für die Krise? Deswegen gehen die Finanzmärkte uns Frauen ganz besonders an. Vor allen Dingen, wenn man die politischen Reaktionen sieht. Die politischen Reaktionen lassen sich in zwei Bereiche aufteilen, das eine sind die kurzfristigen Maßnahmen, die Konjunkturpakete.

Es gab zwei Analysen von Gabriele Schambach und Mara Kuhl, die relativ genau analysiert haben, inwieweit die Konjunkturpakete, die in Deutschland aufgelegt worden sind, eine Geschlechterperspektive haben. Gabriele Schambach hat herausgefunden, dass das Verhältnis der sozialversicherten Arbeitsplätze, die durch die Konjunkturmaßnahmen in Deutschland gefördert wurden, bei einer Proportion von 72% zu 28% zugunsten männerdominierter Branchen lag.

Das heißt, eine konsequente Anwendung von Gender Budgeting hätte ein ganz anderes Konjunkturpaket ergeben.

Der zweite Bereich der politischen Reaktionen, sind die Sparpakete. Diese wurden von fast allen europäischen Ländern verabschiedet und werden auch aus einer geschlechterpolitischen Perspektive massive Auswirkungen haben. Beispielsweise gehört zu fast allen Sparmaßnahmen der Abbau des öffentlichen Bereichs, Der öffentliche Dienst ist einer der Bereiche, wo es wenigstens noch Formalien gibt, was Positionen betrifft, wenn sie dann angewendet werden, das wissen wir auch, aber es ist auf jeden Fall dort noch ein bisschen besser. Der öffentliche Dienst wird in fast allen europäischen Ländern ausgedünnt. Einer der Organisationen, die das besonders angeprangert hat, ist die European Federation of Public Service Unions, sie vertritt acht Millionen Beschäftigte und davon sind 68% Frauen.

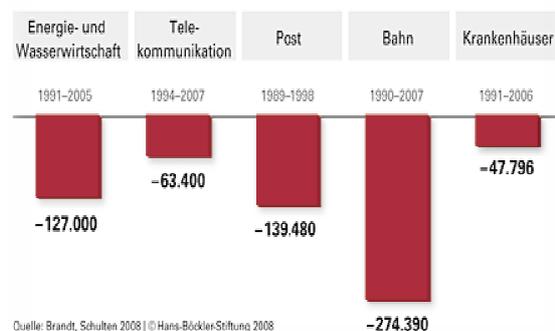
Die staatlichen Ausgaben werden zusammengekürzt und daraus resultiert, und das ist auch ein Kritikpunkt, dass die soziale Infrastruktur verkleinert wird. Dadurch kann es passieren, dass früher staatliche Aufgaben gekürzt und daraus resultierend anfallende Arbeiten durch informelle Arbeit oder unbezahlte Arbeit

von Frauen, geleistet werden. Gemeint ist z.B. die ganze Versorgung von Menschen. Hier sind ein paar Schlagzeilen der letzten Zeit: Rumänien: Anfang September wurden alle Schulen mit weniger als zweihundert Schülern und Schülerinnen und alle Kindergärten mit weniger als hundert Kindern geschlossen. Deutschland: Streichung des Elterngeldes für ALG II-Bezieherinnen. Portugal: die Personalkosten im öffentlichen Dienst sollen durch Streichung von Stellen und Kürzung der Gehälter ab 1.500 Euro monatlich um fünf bis zehn Prozent gesenkt, die Versicherungsleistungen teilweise reduziert und durch weitere Privatisierungen Geld in die öffentlichen Kassen gepumpt werden.

Letzteres ist der nächste Schritt: Privatisierung über alles. Das heißt also, das, wofür der Staat früher zuständig war, geht weiter zunehmend in private Hände, das ist die nächste Form der Umverteilung, dann hängt die Inanspruchnahme von früher öffentlichen Dienstleistungen vom privaten Geldbeutel ab. Das hab ich schon gesagt, ohne soziale Dienstleistung wie Kinderbetreuung und Pflege werden diese Arbeiten zumeist unbezahlt von Frauen erbracht werden.

Privatisierung – negative Jobbilanz

Infolge von Liberalisierung änderte sich die Zahl der Beschäftigten bei ...



Quelle: Brandt, Schulten 2008 | © Hans-Böckler-Stiftung 2008

Diese Privatisierungen wirken sich nach unterschiedlichen Untersuchungen meistens negativ für die Beschäftigten aus, das Schaubild gibt einen Überblick über Energie- und Wasserwirtschaft, Telekommunikation, Post, Bahn, Krankenhäuser und so weiter. Das heißt, die Jobbilanz geht nach unten. Meistens auch damit verbunden ist die sinkende Qualität. Das ist mittlerweile so bekannt, dass es Initiativen gibt, privatisierte Energieversorgung wieder in eine öffentliche Versorgung umzuwandeln. Dies ist manchmal ein bisschen schwierig, weil es auch so etwas wie PPP-Verträge (Privat-Public-Partnership) gibt, die teilweise auf fünfzig Jahre angelegt sind und die nicht gekündigt werden können.

Die feministische Ökonomie

Es gibt ja auch nicht *den* Feminismus, dementsprechend gibt es auch nicht *die* feministische Ökonomie. Ich hab mal für mich versucht, zu diesem Thema drei Begriffe zusammenzufassen, die vielleicht einen Einblick geben. Generell lässt sich dazu sagen, dass Ansätze in einer feministischen Ökonomie das Geschlecht als Analysekategorie einfordern. Wir sind nur fähig, die Dinge zu benennen, wenn wir dazu auch Zahlen haben, und dementsprechend muss Geschlecht als Kategorie mit einbezogen werden, und zwar auf allen Ebenen der Gesellschaft. Dann, das geht in genau die gleiche Richtung, müssen Produktions- und Reproduktionsbedingungen einbezogen werden, das heißt auch die ganze soziale gesellschaftliche Arbeit, sprich Care-Ökonomie. Dann generell die Kritik am Homo Oeconomicus, eine Wissenschaftskritik, wie unsere Wirtschaft aufgestellt ist und wie wir sie definieren.

Zusammenfassung/Forderungen

Die Zusammenfassung sehe ich auch als

Anregung zur Weiterarbeit an diesen Themen, vor allen Dingen für Frauenverbände, für WissenschaftlerInnen und für Menschen aus der Politik, die sich auch mit Gender beschäftigen.

Es gibt fast gar keine Forschung in Bezug auf Geschlecht als Kategorie, bezogen auf die Finanzmarktarchitektur. Fragen wie: wer investiert, in was wird investiert, wer profitiert davon und was hat das mit dem Geschlecht zu tun? Die Clinton Administration hat in den USA per Gesetz die Kreditvergabe zur Förderung des Eigenheimbesitzes an Menschen, die nicht viel Einkommen haben, ermöglicht. Viele Häuser, aber auch der Lebensstandard wurde über Kredit finanziert. Das steht im Zusammenhang mit den geringen Löhnen, dass sich ein gewisser Lebensstandard nur über Kredite finanzieren ließ, am Anfang noch abgedeckt durch steigenden Häuserpreise. Zunehmend wurden aber auch die Kreditverbriefung und der Handel damit zu einem eigenen Geschäft. Daran wurde massiv verdient. Es gab direkt ein Business with the Poor. Da sind wahnsinnige Gewinne eingefahren worden. Es gibt eine Studie zu der Subprime Krise in den USA, dabei kam heraus, dass vor allen Dingen Frauen mit afroamerikanischem und hispanischem Hintergrund mit am meisten von den negativen Auswirkungen aus diesem Geschäft betroffen waren. Sie mussten höhere Zinsen auf die Kredite bezahlen und haben zu Beginn der Krise als erstes ihre Häuser verloren. Solche Untersuchungen brauchen wir. Wir brauchen Untersuchungen, die in die Richtung gehen, welche Instrumente gibt es auf den Finanzmärkten, haben diese überhaupt einen gesellschaftlichen Nutzen, bzw. gibt es bei den Geschäften damit eine Geschlechterperspektive? Und dann weitergehen zu der Frage, was ist denn überhaupt sinnvoll für die Menschen, die



hier leben, denn Wirtschaft soll ja eigentlich dem Menschen dienen und nicht umgekehrt. Und, was ist denn sinnvoll an diesen ganzen Finanzprodukten und wem nutzen diese?

Die Krise als Chance zu nehmen, hat die Politik gefordert, um etwas zu verändern und das wurde auch teilweise in politische Programme mit übernommen. Aber es hat sich nicht besonders viel verändert, im Gegenteil, die Umverteilung findet jetzt noch mal in einem anderen und in einem größeren Maßstab statt.

Die Staaten müssen sich Geld leihen, indem sie Staatsanleihen, die dann manchmal besser oder schlechter dotiert sind, auf den Kapitalmärkten verkaufen. Davon kann man auch profitieren, wenn man das entsprechende Vermögen hat. Diesen Hinweis möchte ich ganz gerne mitgeben.

Eine konsequente Anwendung von Gender Mainstreaming und Gender Budgeting hätte ganz andere politische Reaktionen erzwungen. Das heißt, diese einseitige Ausrichtung hätte gar nicht stattgefunden. Gender Budgeting wurde nur überhaupt nicht angedacht, in Berlin gibt es eine Gruppe, die sich mit dem Thema auseinandersetzt, aber das muss in allen Bereichen passieren und auch international.

Dann geht es darum, Ansätze aus der feministischen Ökonomie zu nehmen und daraus wirklich pragmatische Forderungen zu machen, also Care-Ökonomie ist das eine, aber wie können wir das wirklich in politische Programme übersetzen? Also ganz pragmatische Vorschläge dazu machen und auch dementsprechende Forschungen fördern. Von der Forschungsstelle Umwelt wurde eine Untersuchung zu dem nationalen Wohlfahrtsindex gemacht, und hierbei auch so

etwas wie ehrenamtliche und unbezahlte Arbeit einbezogen. Warum arbeiten wir an solchen Projekten nicht mit?

Schlussfolgerungen/Forderungen:

Maßnahmenplan zur paritätischen Besetzung aller Entscheidungsgremien

Ich wundere mich manchmal, warum immer nur vierzig Prozent gefordert werden, ehrlich gesagt, warum nicht fünfzig.

Investition in die öffentliche Infrastruktur, ökologischer Umbau, gemeint ist der sozialökologischer Umbau als solcher.

Gender Budgeting in allen Bereichen,

das wurde ausführlich behandelt.

Die Neuberechnung der gesamtwirtschaftlichen Leistungen

bzw. ein Entwurf, wie die Care-Ökonomie mit einzubeziehen ist.

Mindestlohn und Abbau des Niedriglohnsektors Die Einführung eines Mindestlohns ist, das hat die Politikerin Heide Pfarr mal gesagt, eine absolut frauenpolitische Forderung, ohne dass frauenpolitische Forderung als Etikett darüber steht.

Dann Ausbau und Förderung von BürgerInnenhaushalten Es gibt dazu eine Forschung, die das im europäischen Raum untersucht, in den Kommunen wird darüber diskutiert: was passiert in den kommunalen Haushalten, wie wird dieses Angebot überhaupt aufgenommen von Bürgern und Bürgerinnen?

Ausbau und Förderung von Genossenschaften, also wie ist es möglich, vielleicht auch die Wirtschaft zu transformieren, anders zu organisieren oder in BürgerInnenhand zu legen. Es gibt

ja beispielsweise die Möglichkeit, Bürgerinnen und Bürger zu Teilhabern von lokal angesiedelten Unternehmen zu machen. Die Idee ist ein lokal bezogenes Unternehmen - z.B. aus der Energieversorgung - mit Menschen zusammenzubringen, die dort gemeinsam investieren und auch gemeinsam davon profitieren, indem sie dann eine unabhängige Energieversorgung für ihren lokalen Bereich haben. Also das ist etwas, was sehr interessant ist, und wo man auch weitere Projekte entwickeln und fordern und Mitbestimmung formen kann.

Steueroasen schließen, ganz klar. Da wurden auch nur so ganz kleine Schritte in die Richtung gemacht. Es gibt übrigens Finanzunternehmen, die dafür werben, dass sie Sitze in Steueroasen haben und dadurch dem Kunden die Möglichkeit gegeben wird, bei anstehender Scheidung dorthin Gelder zu transferieren. Dies neben der Geldwäsche für Frauenhandel

und Waffenschmuggel und was sonst noch, wofür die Steueroasen auch zuständig sind. Die dürfte es gar nicht mehr geben. Und dieser Steuerwettbewerb, der vor allen Dingen auch europaweit stattfindet, den darf es auch nicht mehr geben.

Vermögenssteuer, da muss man gucken, wie man das ausrichtet, aber es braucht auf jeden Fall wieder eine Umverteilung.

Die Finanztransaktionssteuer muss kommen.

Und abschließend *vom Shareholderprinzip zum Stakeholderprinzip* Dies bedeutet, dass die Unternehmen ihre Politik in der Weise umstellen, dass die Auswirkungen bestimmter Maßnahmen auf die Menschen mit in ihre Unternehmensentscheidungen einbezogen werden. Allein dies wäre schon eine Riesenherausforderung.

Vielen Dank für Ihr Interesse!

Ist eine andere Wirtschaftspolitik möglich?

Politik wäre überflüssig, wenn sie alternativlos wäre. Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat uns gezeigt, dass eine andere Wirtschaftspolitik nicht nur möglich, sondern notwendig ist. Ich möchte dabei über zwei zentrale Punkte sprechen, die die zukünftige Wirtschaftspolitik bestimmen. Die Themen Ökologie und Feminismus werden das 21. Jahrhundert prägen und damit auch unsere Wirtschaftsweise und unser politisches Handeln verändern. Der Blaumann muss grün werden, wir brauchen aber auch viel mehr lila Hosenanzüge.

Ende eines missglückten Experimentes

Die Finanz- und Wirtschaftskrise ist ein Ausdruck des Scheiterns. Sie hat uns die Grenzen eines Wirtschaftssystems aufgezeigt, dessen zentrale Triebkräfte kurzfristiges Profitstreben und rücksichtsloses Konkurrenzdenken waren. Das Versprechen der sozialen Marktwirtschaft, dass der Kuchen immer größer wird und alle an Wohlstand und Fortschritt teilhaben werden, ist brüchig geworden. Trotz der Produktivitätszuwächse der vergangenen Jahrzehnte ist die Spaltung der Gesellschaft in arm und reich immer tiefer geworden. Profitstreben und Konkurrenzdenken haben nicht nur zerstörerische Energien innerhalb des Wirtschaftssystems freigesetzt, sie entziehen uns auch langfristig die Lebensgrundlagen durch hemmungslose Ausbeutung der natürlichen Ressourcen des Planeten. Und nicht zuletzt richten sie sich gegen die Akteure selbst. Psychische Erkrankungen wie Burn-Outs nehmen bei Führungskräften noch stärker zu, als sie es in Deutschland durchschnittlich sowieso schon seit Jahrzehnten tun.



Lisa Paus studierte Volkswirtschaft an der Freien Universität Berlin. 1999, 2002 bis 2004 war sie Mitglied im Fraktionsvorstand der Grünen. Von 2001 bis 2006 war sie als stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung tätig. 2002 war Frau Paus Direktkandidatin für den Bundestag in Berlin Spandau/Charlottenburg Nord und 2006 Direktkandidatin für die Abgeordnetenhauswahl im Wahlkreis 5 (südliches Spandau). Bis 2009 war sie Mitglied im Hauptausschuss, Wirtschafts- und Wissenschaftsausschuss und beratendes Mitglied im Unterausschuss Beteiligungsmanagement und Controlling sowie bis 31. Oktober 2009 wirtschaftspolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus von Berlin. Seit 2009 ist sie Mitglied im Deutschen Bundestag.

Radikale Transformation ist die zentrale Herausforderung

Wir stehen vor der Herausforderung, unsere Wirtschaftsweise radikal zu verändern. Die Endlichkeit der natürlichen Ressourcen setzt dem Wachstum auch jenseits der Klimafrage Grenzen. Wir müssen Wachstum und Ressourcenverbrauch voneinander entkoppeln, um zu einer Wirtschaftsweise zu kommen, die auf

100 % erneuerbaren Energien und 100% recycle-baren Materialien basiert. Um diese Vision zu verwirklichen, brauchen wir Innovationen und den Mut, uns von altgedienten Vorstellungen zu verabschieden.

Der tiefgreifende Transformationsprozess, der uns bevorsteht, ist die zentrale gestalterische Aufgabe der Wirtschaftspolitik für die nächsten Jahrzehnte. Frauen sind die Agentinnen dieses Wandels. Sie haben das Potenzial, neue Antworten auf die Herausforderungen des Klimawandels, des demografischen Wandels und der Finanzkrise zu finden. Der andere Blick, den Frauen nach wie vor auf viele Dinge haben, kann zum Innovationsmotor für neue Ideen auf dem Weg in eine geschlechtergerechte, CO₂-freie Wirtschaft und Gesellschaft werden. Damit das gelingt, müssen alle politisch und gesellschaftlich bedingten Blockaden entfernt werden, die der Verwirklichung weiblicher Potenziale im Weg stehen.

Faire Chancen von Anfang an

Junge Frauen sind heute mindestens genauso gut ausgebildet wie ihre männlichen Altersgenossen. Solche Erfolgsmeldungen lassen die strukturellen Probleme unseres Bildungssystems und die tradierten Machtverhältnisse in der Berufswelt in den Hintergrund treten. Doch wie wir wissen, verschwinden sie mitnichten von selbst. Falsche Weichenstellungen am Anfang des Bildungslaufweges setzen eine Kettenreaktion in Gang, deren negative Folgen bis weit in die Zukunft reichen. Kinder, die wesentlich höhere Bildungsabschlüsse erreichen könnten, bleiben aufgrund ihrer sozialen Herkunft auf der Strecke. Mädchen entscheiden sich noch immer eher für „weibliche, untechnische“ Berufsfelder, obwohl es dafür keine rationalen Gründe gibt. Unser Bildungssystem muss sich an der Be-

gabung statt an der sozialen Herkunft ausrichten und Kinder und Jugendliche auch jenseits vom alljährlichen „Girl's Day“ dabei unterstützen, unabhängig von alten Rollenklischees ihren eigenen, passenden Weg zu finden.

Potenziale aktivieren

Fehlende Geschlechtergerechtigkeit ist eine der wesentlichen Ursachen für immer größere Lücken am Arbeitsmarkt. Die Klagen über den Fachkräftemangel in der Industrie, aber auch in Pflegeberufen, sind weder überraschend noch neu. Laut DIHK-Umfrage haben 70% der Unternehmen schon heute Schwierigkeiten geeignete Bewerberinnen und Bewerber für ihre offenen Stellen zu finden. Der demografische Wandel wird dieses Problem sogar noch verschärfen. Neben dem Anwerben qualifizierter Fachkräfte aus dem Ausland ist die Aufwertung „weiblicher“ Arbeitsfelder und das Werben um Frauen in naturwissenschaftlich-technischen Berufen ein wesentliches Mittel, um diese Lücken zu schließen.

Gerechte und angemessene Bezahlung für „weibliche“ Arbeit

Niemand kann überzeugend sachlich begründen, warum eine Sozialpädagogin nach mehrjährigem Studium genauso bezahlt wird wie ein angelernter Müllwerker. Die Tarifpartner müssen erklären, warum sie es bis heute nicht geschafft haben, in typisch weiblichen Sektoren für faire Bezahlung zu sorgen. Arbeit muss heute anders bewertet werden als früher. Deshalb ist die Umstellung von einer summarischen zu einer analytischen Arbeitsbewertung längst überfällig. Gleichzeitig sollte der Kampf für Mindestlöhne intensiv weitergeführt werden. Knapp zwei Drittel der Beschäftigten mit Bruttostundenlöhnen unter 7,50€ sind weiblich. Fast jede fünfte

weibliche Beschäftigte (19,8%) hätte bei einem Mindestlohn von 7,50 € Anspruch auf eine Lohnerhöhung, während der Anteil unter den Männern bei 11,3% der Beschäftigten liegt. Ein Mindestlohn würde nicht nur die Binnennachfrage stärken, sondern auch vielen Frauen zu menschenwürdigen Beschäftigungsverhältnissen verhelfen.

An die eigene Nase fassen – weibliche Stärken einbringen

Eine Umfrage des Spiegels hat ergeben, dass Frauen für die gleichen Jobs von Anfang an schlechter bezahlt werden. Häufig sind es die Frauen selbst, die in den ersten Gehaltverhandlungen viel zu bescheiden auftreten. Und so geht es auf den nächsten Karrierestufen oft weiter. Männer schmieden Seilschaften, präsentieren sich selbstbewusster und finden auch weiter oben Anknüpfungspunkte. Frauen dagegen beäugen sich gegenseitig eher misstrauisch und finden in den Führungsetagen nur wenige weibliche Vorbilder. Während Jungs schon auf dem Bolzplatz lernen, welchen Wert ein gezielter Regelverstoß hat, wird von Mädchen noch immer eher erwartet, dass sie brav kichernd am Spielfeldrand stehen, als dass sie mitspielen. In einer Arbeitswelt, die vor allem Menschen in Führungspositionen bringt, die im richtigen Moment die Ellenbogen ausfahren und in der die Qualität der Arbeit an der Zahl der Überstunden gemessen wird, haben Frauen die schlechteren Karten. Um das zu ändern, sind zwei Dinge wesentlich: Frauen müssen selbstbewusster mit ihren Fähigkeiten umgehen und sie sich gezielt zunutze machen.

Mentoring-Programme und weibliche Netzwerke können ein Schritt in diese Richtung sein. Gleichzeitig muss die Arbeitswelt „weiblicher“ werden. In

Finnland sind Unternehmen längst verpflichtet, Gleichstellungspläne zu entwickeln, die Maßnahmen zur Bekämpfung von Lohnunterschieden und zur Gleichstellung enthalten. Unternehmen, die für die Zukunft gerüstet sein wollen, müssen sich aktiv mit der Frage der Gleichstellung auseinandersetzen und klare Vereinbarungen treffen, wie sie zum Beispiel den Wiedereinstieg nach der Elternzeit für beide Seiten möglichst reibungslos gestalten wollen. Eine Unternehmenskultur, die wirklich familienfreundlich ist, bietet auch Beschäftigten Aufstiegschancen, die nicht Vollzeit arbeiten. Das nützt nicht nur Frauen, sondern auch Männern, die mehr Zeit mit ihren Familien verbringen wollen, ohne auf Karriereschritte zu verzichten. Wenn Frauen sich dagegen an die vorherrschenden Karrieremuster, die auf Konkurrenz und Leistungsdruck bis zum Burnout basieren, anpassen, ist wenig gewonnen. Eine bessere Work-Life-Balance sorgt für mehr individuelle Lebenszufriedenheit und mehr Produktivität.

Falsche Anreize im Steuersystem abschaffen

Auch unser Steuer- und Abgabensystem muss neu ausgerichtet werden. Das Ehegattensplitting sollte abgeschafft werden, um Anreize einzudämmen, die Alleinverdiener-Ehen gegenüber Doppelverdiener-Haushalten begünstigen.

Die Betreuungsinfrastruktur muss so weit ausgebaut werden, dass eine echte Vereinbarkeit von Familie und Beruf für beide Partner möglich ist. Noch scheiden Frauen nach der Geburt eines Kindes im Durchschnitt für fünf Jahre aus dem Berufsleben aus. Wie wir wissen, verlieren sie durch diese langen Auszeiten den Anschluss im Unternehmen. Arbeitgeber, die ein längeres Ausscheiden ihrer

Mitarbeiterinnen fürchten, fördern eher die Karrieren der männlichen Kollegen. So stoßen selbst Frauen, die auf Kinder verzichten, früh an die berühmte „gläserne Decke“ und fehlen dann in Aufsichtsräten, auf Professorenstellen und in Unternehmensvorständen, weil sie noch immer aus Karrierewegen und Netzwerken ausgeschlossen werden.

Vielfalt führt zum Erfolg – für Frauen und Wirtschaft

Erfolgreiche Einzelkämpferinnen reichen nicht, um die Arbeitswelt und vor allem die Führungsetagen weiblicher zu machen. Trotz aller Selbstverpflichtungen der Wirtschaft hat sich bisher einfach zu wenig getan. Eine Quote für Aufsichtsräte ist deswegen das richtige Mittel, um der Wirtschaft auf die Sprünge zu helfen. Frauen bringen einen anderen, neuen Blick in die männlich geprägte Wirtschaftswelt und brechen verkrustete Strukturen auf. So hat beispielsweise Norwegen die 40%-Frauenquote für Aufsichtsräte nicht aus feministischen Gründen eingeführt, sondern um alte Seilschaften aufzubrechen und damit die Unkultur der Korruption und Vetternwirtschaft in den norwegischen Führungsetagen zu bekämpfen. Deshalb ist es nicht abwegig zu behaupten, dass uns die letzte große Krise mit den Lehman Sisters wahrscheinlich nicht passiert wäre.

Gerade in Krisenzeiten sind Kreativität und neue Ideen gefragter denn je, um neue Lösungen zu finden. Kooperation als Leitgedanke muss rücksichtsloses Konkurrenzdenken ablösen. Soziale Kompetenzen und kommunikative Fähigkeiten sind wesentliche Voraussetzungen dafür, dass ein radikaler Transformationsprozess auch vermittelbar ist. Agentinnen des Wandels zu sein, heißt daher auch, neue Ideen transportieren und kommunizieren

zu können. Doch die Innovationsfähigkeit deutscher Unternehmen leidet an der mangelnden Teilhabe von Frauen, wie der Innovationsindikator der Telekom-Stiftung belegt. Unternehmensberatungen wie McKinsey und Catalyst legen Jahr für Jahr Studien vor, nach denen gemischte Führungsteams deutlich bessere Unternehmensergebnisse bringen als rein männliche Gruppen. Vielfalt nutzt den Unternehmen. Das klappt aber nur, wenn Frauen nicht schon in den unteren Etagen ausgebremst werden, sondern überall präsent sind. In Zeiten des Fachkräftemangels wird eine chancengerechte und familienfreundliche Unternehmenskultur zum entscheidenden Vorteil im Wettbewerb um die besten Köpfe. Dies hat auch der Telekom-Vorstand erkannt und sich selbst auferlegt, seine Frauenquote in Führungspositionen innerhalb von 5 Jahren auf 30% zu steigern. Ein begrüßenswerter, aber keineswegs selbstloser Schritt. So sollte es eigentlich überall aussehen, das sagt auch die Justizministerkonferenz. Sie hat Mitte des Jahres entschieden, dass es höchste Zeit für ein Gleichstellungsgesetz in der Privatwirtschaft ist. Wir dürfen überrascht sein, ob es wirklich kommt. Notwendig wäre es allemal.

Bei fast der Hälfte aller Unternehmen in Deutschland steht in den nächsten Jahren ein Generationenwechsel an. Töchter kommen dabei oft nur dann zum Zug, wenn es keine Söhne gibt. Auch bei den Unternehmensgründungen sind die Anteile von Frauen nach wie vor geringer, das Startkapital niedriger und die Gründungen in Teilzeit eher die Regel als die Ausnahme. Ein Umdenken ist hier -gerade auch im eigenen wohlverstandenen ökonomischen Interesse- überfällig: Bei den Banken, in den Beratungen der Kammern und in den Chefetagen.

Fazit: Eine andere Wirtschaftspolitik ist nur mit Frauen möglich

Viele, auch viele Frauen, vertreten die These, gezielte Frauenunterstützung werde nicht mehr benötigt. Wunderbar für diejenigen, bei denen das zutrifft. Wenn aber z.B. nach dem Studium beim Promovieren, bei der Bewerbung oder beim nächsten Karriereschritt Probleme auftreten, sollte Frau nicht automatisch annehmen, die Ursache liege individuell bei ihr.

Klar ist: Es gibt keine andere Wirtschaft ohne andere Positionierung von Frauen, und keine andere Positionierung von

Frauen ohne andere Wirtschaft. Eine andere Geldverteilung, andere Banken, eine andere Ökonomiekultur, eine andere Gesellschaft – das alles meint, braucht und bewirkt andere Positionen von Frauen. Frauen können die „Agentinnen des Wandels“ sein, die wir für eine umfassende Transformation besonders dringend brauchen. Ihre Potenziale werden ihre Wirkung nur dann voll entfalten, wenn wir Schritt für Schritt Barrieren niederreißen und uns mehr zutrauen. Das hilft nicht nur uns Frauen, sondern der gesamten Gesellschaft.



**Bundesgeschäftsstelle
Deutscher Frauenring e.V.
Brandenburgische Str. 22
10707 Berlin
Tel.: 030/88 71 84 93
Fax: 030/88 71 84 94
mail@d-fr.de**

Positionspapier

Zusammenstellung der Forderungen an Politik und Gesellschaft

- Internationale Frauenkonferenz zur Finanzkrise
- Gleichstellungsgesetz für Privatwirtschaft
- Aufwertung der gesellschaftlichen Dienstleistungsarbeit gegenüber produktionsbezogener Dienstleistungsarbeit
- vom allgemeinen Wettbewerb zum kooperativen Wettbewerb
- Förderung von Frauen als Existenzgründerinnen
- Gewinn nicht nur privatisieren, Verlust nicht nur verstaatlichen
- Wirtschaftliche Entscheidungen geschlechterspezifisch
- Rollenstereotype aufbrechen
- Binnenmarktstärkung durch Aufwertung der Care-Berufe
- Gegenderte Strukturprogramme
- Anrechnung von Pflegezeiten bei der Rente
- Ehrenamtspauschale für unentgeltliche Arbeit / Rentenansprüche für geleistetes Ehrenamt
- Finanzmarktregulierung erweitern um Geschlechterperspektive
- Nationale Einführung von Frauenquoten 50:50
- Wertschätzung der Arbeit der NGO's durch finanzielle Unterstützung sichern

**Mitglied der International Alliance of Women IAW und des International Council of Women ICW •
Ehrenpräsidentin:** Dr. Gisela Naunin † • **Präsidium:** Karin Burgemeister, Gudula Hertzler-Heiler, Doris Riedel,
Annelies Rothkamm, Carmen Zakrzewski • **Schatzmeisterin:** Marlies Beck

Bankverbindung: Kto.Nr. 14605 Sparkasse Emden, BLZ 284 500 00



Tagungsprogramm

Deutscher Frauenring

Bundesfachseminar

Die Finanzkrise und kein Ende

15. - 17. Oktober 2010

Bildungszentrum Erkner
Seestr. 39, 15537 Erkner
Tel. 03362- 7690 Fax 03362- 769 9098

Freitag 15. Oktober 2010

- 13.30 Uhr Anreise (Kaffee, Kuchen)
- 14.30 Uhr Begrüßung
- 15.00 Uhr **Einführungsvortrag:**
Ursachen der Finanz- und Wirtschaftskrise
Prof. Dr. Mechthild Schrooten, Hochschule Bremen,
Leiterin Internationaler Studiengang Global Management
- 16.00 Uhr Pause
- 16.30 Uhr **Auswirkungen der Krise auf Frauen**
Dr. Alexandra Scheele, Universität Potsdam,
Institut für Soziologie der Geschlechterverhältnisse
- ab 18.00 Uhr Abendessen

Samstag 16. Oktober 2010

- 09.00 - 10.30 Uhr **Im Blickpunkt: Die Krise der Care Ökonomie**
Dr. Elisabeth Stiefel, Ökonomin
- 10.30 - 12.00 Uhr **Investieren Frauen anders?**
Alternative Finanzanlagen
Ulrike Schalow, Hamburg, Svea Kuschel + Kolleginnen
Finanzdienstleistungen für Frauen

- 12.30 - 13.30 Uhr Mittagessen und Pause
- 13.30 - 15.30 Uhr **Soziale Folgen von Wirtschaftskrisen in historischer Perspektive**
Auf den Spuren Gerhart Hauptmanns
Gerhart Hauptmann Museum, Erkner
- 16.00 - 18.00 Uhr **Arbeit von Ortsringen**
zum Thema Finanz-, Wirtschafts-, Klima- und Umweltkrisen
World Café
- 18.00 Uhr Abendessen
- 19.30 Uhr **Astrid Lindgren**
Auch heute habe ich meinen Glückstag (optional)
Szenen und Musik
Jutta Hoppe, Musikerin und Schauspielerin

Sonntag, 17. Oktober 2010

- 9.00 - 10.00 Uhr **Die Finanzkrise aus Frauensicht - eine andere Ökonomie ist nötig!**
Deborah Ruggieri, Attac
- 10.00 - 11.00 Uhr **Ist eine andere Wirtschaftspolitik möglich?**
Lisa Paus, MdB Bündnis 90/Die Grünen
- 11.00 - 11.15 Uhr Pause
- 11.15 - 12.45 Uhr **Erarbeitung von Forderungen / eines Positionspapiers des DFR**
- 13.00 Uhr Mittagessen / Abreise